

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

296 (19.12.1930)

# Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepulverte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Belegblätter 60 Pfennig o. 20 Wiederholung Rabatt nach Tarif. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. 20 Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei Nichterhaltung des Zeitungsabonnements, bei geschäftlicher Betriebs- und bei Kontour außer Streit tritt o. Erklärungs- und Gerichtsstand: in Karlsruhe i. D. o. Verlag der Zeitung-Verwaltung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einschreiben 10 Pfennig o. Erschließt 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durack, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kallert, Kallertstraße 7; Offenburg, Republikstraße 9

Nummer 296

Karlsruhe, Freitag, den 19. Dezember 1930

50. Jahrgang

## Die Nazis am Pranger

Kapitän v. Mücke gegen die Nazis - Eine Rieserversammlung in Berlin - Goebbels soll seine Schulden bezahlen Die Nazis sind keine Partei der anständigen Leute

Berlin, 19. Dez. (Zuntzdruck). Am Donnerstagabend hielt der frühere Gauführer der Nationalsozialisten in Sachsen, Kapitänleutnant a. D. von Mücke, in dem größten Berliner Saal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, Abrechnung mit Hitler. Die Nationalsozialisten hatten den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und waren zu der Versammlung nicht erschienen.

Kapitänleutnant von Mücke, der durch eine tüchtige Kriegsfahrt mit der „Emden“ und der „Arcona“ weit über Deutschland hinaus bekannt geworden ist, erklärte, daß er Sozialist sei und aus diesem Grunde zum schärfsten Gegner der Hitlerpartei geworden wäre. Die Frage zu debattieren, wer am Kriege schuld sei, sei heute zwecklos. Alle Staaten seien schließlich doch nur mißbrauchte Akteure des Krieges gewesen. Eine einzige Kraft habe ihn verursacht, das Kapital. Gegen die Revolution hätten gewisse Kreise hart gewettert, es seien jedoch meist nur die Kreise gewesen, die 1918 ängstlich am Tüchlein hinter verschlossenen Türen gelesen hätten. Dann hätte sich 1920 die Partei herausgestellt, die mehr habe sein wollen als die anderen. Aber die NSDAP, sei heute nur noch eine breite schwammige Masse, ein zum Platzen aufgeblähter Ballon. Der kleinste Riß würde genügen, das Gas ausströmen zu lassen, daß nur kümmerliche Reste, die Ballonhülle, übrig bleiben. Alles was die NSDAP, noch mit Sozialismus zu tun hätte, sei Marxstreiterei. Die Mentalität der Partei habe sich gegen früher stark geändert. Die Leute, die die Wahrheit aussprechen, würden belächelt. Goebbels habe erklärt, daß er aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Den Brief von Hitler, der ihn wieder zum Eintritt aufforderte, habe er verschmäht. Eine solche Darstellung könne nicht für den Chauffeur seines eleganten Mercedeswagens, der müsse fragen, ob Dr. Goebbels ihm die ganz erhebliche Summe zurückzahlen wolle, die er ihm seit drei Jahren schulde.

Der Redner behandelte dann seine politische Arbeit in der NSDAP, 1923 habe er für sie in Ostpreußen zum Landtag kandidiert. Es habe damals in Sachsen einen Geheimklub gegeben, in dem er auch mehrere Male anwesend gewesen sei. Was er dort gesehen habe, sei über die Soldatenpolitik gewesen, viele Generale, Regimentskommandeure, Majore und andere Offiziere, aber keine Soldaten. Später sei er aus der Fraktion des Landtags ausgestiegen, weil ihn das Treiben in der NSDAP, angeleidert habe. U. a. habe er während seiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter Hitler den Vorschlag gemacht, für den Landtagspräsidenten einer Linkspartei einzutreten. Hitler habe dem zugestimmt. Als er dann aber in Unterhandlung mit den Linksparteien eingetreten sei, habe man seinen Schritt als private Angelegenheit hingestellt und ihn aufs schärfste angegriffen. Um die NSDAP, deren Oberbefehlshaber sich noch nicht einmal gegen die unteren Führer durchsetzen könne, sei es schließlich bestellt.

Die Nationalsozialisten hätten keinen Charakter und seien keine Partei der anständigen Leute.

Sozialismus und Nationalismus bedeuteten keinen Widerspruch. Nur sie allein könnten Deutschland befreien. Als der Redner, der seine Ausführungen nur als kleinen Aufsatz für künftige Entwürfe betradtet wissen will, beendet hatte, wurde ihm ein starker Beifall gesollt. Der Abmarsch der Versammlungsteilnehmer verlief vollkommen ruhig.

### Der Schaden des 14. September

Wie enorm die Wähler der Nazis und der Kozis durch ihre Abstimmung am 14. September das gesamte deutsche Volk, also auch sich selbst, geschädigt haben, darüber machte der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Uchhoff in der Mittwochssitzung des preussischen Landtags außerordentlich ernste und interessante Angaben, die bei politischen Debatoren überall und gründlich verbreitet werden sollen. Der Minister führte u. a. aus:

Im Jahre 1928 hat die deutsche Wirtschaft einen verhängnisvollen Rückschlag erlitten. Das Jahr 1929 war ein Jahr der abtänzelnden Konjunktur, das Jahr 1930 ist ein Jahr schwerer Depressionen. Aber im zweiten Quartal 1930 zeigten sich deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung, insbesondere in der Aufbesserung des Geldmarktes und im Kursanstieg aller festverzinslichen Wertpapiere. Auch der Auftragssektor hatte im zweiten Vierteljahr 1930 erheblich zugenommen.

Diese hoffnungsvolle Besserung ist durch die politische Krise im Reich und den Ausgang der Reichstagswahlen rechtlos zerfallen worden. Alle Anzeichen der Konjunkturbesserung sind verschwunden, und die Erwerbslosigkeit ist erneut gestiegen. Das Ergebnis der Reichstagswahl läßt sich zahlenmäßig etwa folgendermaßen darstellen: Durch Zurückziehung ausländischer Kredite und Kapitalflucht hat die deutsche Wirtschaft nach dem 14. September 1600 Millionen verloren. Die Reichsbank hat 1 Milliarde Gold und Devisen ans Ausland abgeben müssen.

Die Kredite bei den Banken haben sich seit dem 14. September um 1280 Millionen verringert. Der Zuwachs der deutschen Sparkassen, der noch bis zum August monatlich 60 Millionen betrug, ist auf 13 Millionen im Oktober gesunken. Katastrophal ist der Rückgang der preussischen Auslandsanleihen nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahl. Die Amerikanische Preussens notierte im Frühjahr 1927 über 100; sie notierte nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 auf 88; infolge der fortdauernden politischen Vertrauenskrise ist sie weiter gesunken auf 77.

Nach den letzten Reichstagswahlen sind die Hoffnungen auf langfristige Auslandsanleihen für die öffentliche Wirtschaft wie für die private Hand reine Utopie geworden. Der Zinssatz in Deutschland ist seit dem 14. Sept. um ein volles Prozent gestiegen.

Monatliches Geld war bei den Banken vor dem 14. September zu 4% Prozent, nach den Reichstagswahlen zu 6% Prozent zu haben.

So steht die nationalsozialistische Brechung der Zinsrechtsschicht nicht in der Praxis, sondern in der Theorie aus. Die Folge der einschüchternden Wahl hat alle Anlässe zur wirtschaftlichen Besserung vernichtet und aus einen wirtschaftlichen Rückschlag von kaum jemals erlebter Schwere gebracht. Das deutsche Volk hat die Wahl von 107 Nationalsozialisten und 77 Kommunisten mit neuer Schwere wirtschaftlicher Not bezahlen müssen.

Diese Reichstagswahl wäre dem deutschen Volk noch unendlich viel teurer zu stehen gekommen, wenn nicht das politische Verantwortungsgelühl der verfassungstreuen Parteien die Auswirkungen des Wahlergebnisses eingedämmt hätte.

Die verfassungstreuen und verantwortungsbewussten Parteien haben all ihre eigenen Interessen zurückgelassen, um dem Reich zur Überwindung der schweren Krise zu helfen. Ohne die Hilfe der

preussischen Regierung hätte die Reichsregierung ihre Sanierungsarbeit schwerlich bis zum heutigen Punkte führen können. Mögen auch die Etatverhandlungen dieses Hauses unsere Lage festlegen und die Krise überwinden helfen.

### Frick fühlt sich beleidigt

Weimar, 18. Dez. (Eig. Draht). Der thüringische Innenminister Dr. Frick hat das sozialdemokratische Saalfelder Volksblatt ab sofort bis zum 31. Dezember einschließend verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund eines Artikels, in dem am Sonntag den 16. Dezember des Blattes, in dem es heißt:

„Wie lange noch sollen wir diese Mischung von Größenwahn und geistiger Anwesenheit über uns ertragen lassen? Wie lange noch darf ein eifriger Arbeiter mit primitivem Gewissensbiss sich annehmen, die Kräfte über die Kräfte zu schwingen, und mit brutalen Schlägermethoden in den stillsten Bezirken des Geistes zu fischen?“

Frick erblickt in vorstehenden Sätzen eine Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Staatsform. Wenn Frick beleidigt wird, so ist das längst keine Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform. Vielmehr kann der Kampf gegen Frick insbesondere, wenn er in einem sozialdemokratischen Blatt geführt wird, nur als Kampf im Interesse der Republik betrachtet werden. Inwiefern verliert das Verbot gegen den klaren Sinn des Gesetzes zum Schutze der Republik. Es ist gescheitert.

### Hakenkreuzblatt verboten

Wandenburg, 18. Dez. Der in Halberstadt erscheinende nationalsozialistische „Harzer Trommler“ wurde bis zum 31. März 1931 verboten.

## Weihnachtsgeschenk der Reichsbahnverwaltung

25 000 Arbeiter von Entlassung bedroht

Es ist nicht das erste Mal, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft einen Teil ihrer Arbeiter gegen Weihnachten herum mit Entlassung bedroht. Die Ueberforderung, die die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat gegenüber jeder Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegengeleitet. Am Freitag der vergangenen Woche gelang es nur mit Mühe und Not, durch einen Teilschiedspruch für einzelne Dienstzweige eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Die Entscheidung über die Arbeitszeit für einen ganz beträchtlichen Teil der Belegschaft verlagte die Schlichtungskammer auf den Monat Januar, da der Widerstand der Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Gewerkschaften mit der Behauptung, es wären in den Ausbesserungswerken 8000 Arbeiter und in der Bahnunterhaltung 17 000 Arbeiter sowie vorhanden. Würden die Vertreter der Gewerkschaften nicht unmittelbar einem Feiertagsabkommen zustimmen, nach dem die Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter in dem ersten Vierteljahr 1931 eine Feiertagsruhe in der Woche zu übernehmen hätten, ihre Zustimmung geben, so müßten bis zum 1. Januar 1931 25 000 Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich grundsätzlich bereit, über ein Feiertagsabkommen zu verhandeln, betonten aber, daß erst die Ueberarbeitung in den übrigen strittigen Dienstzweigen beseitigt werden müsse. Hierdurch könnten rund 10 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden, ohne daß ein Wenig mehr an Lohnausgaben entfielen. Im übrigen könne ein Feiertagsabkommen in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Umfang nicht zugestimmt werden, weil schon viele Arbeiter der Reichsbahn bei sechs Schichten in der Woche mit ihrem Lohn weit unter dem Existenzminimum liegen.

Seit dem Monat Mai dieses Jahres stehen die Gewerkschaften der Eisenbahner mit der Hauptverwaltung in Verhandlungen, um eine Beseitigung der Ueberzeit zu erreichen und die achtstündige Arbeitszeit für den Betrieb festzusetzen. Von Anfang an haben die Vertreter der Gewerkschaften auf jeglichen Lohnausgleich verzichtet. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat hingegen jeder Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegengeleitet. Am Freitag der vergangenen Woche gelang es nur mit Mühe und Not, durch einen Teilschiedspruch für einzelne Dienstzweige eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Die Entscheidung über die Arbeitszeit für einen ganz beträchtlichen Teil der Belegschaft verlagte die Schlichtungskammer auf den Monat Januar, da der Widerstand der Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Gewerkschaften mit der Behauptung, es wären in den Ausbesserungswerken 8000 Arbeiter und in der Bahnunterhaltung 17 000 Arbeiter sowie vorhanden. Würden die Vertreter der Gewerkschaften nicht unmittelbar einem Feiertagsabkommen zustimmen, nach dem die Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter in dem ersten Vierteljahr 1931 eine Feiertagsruhe in der Woche zu übernehmen hätten, ihre Zustimmung geben, so müßten bis zum 1. Januar 1931 25 000 Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich grundsätzlich bereit, über ein Feiertagsabkommen zu verhandeln, betonten aber, daß erst die Ueberarbeitung in den übrigen strittigen Dienstzweigen beseitigt werden müsse. Hierdurch könnten rund 10 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden, ohne daß ein Wenig mehr an Lohnausgaben entfielen. Im übrigen könne ein Feiertagsabkommen in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Umfang nicht zugestimmt werden, weil schon viele Arbeiter der Reichsbahn bei sechs Schichten in der Woche mit ihrem Lohn weit unter dem Existenzminimum liegen.

Die Verwaltung erklärte daraufhin die Verhandlungen für gescheitert und wandte sich an das Reichsarbeitsministerium mit der

Bitte um Vermittlung. Infolgedessen wurden die Verhandlungen am Mittwoch unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Dr. Neves forgesetzt. Aber auch die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium blieben erfolglos, trotz abermaligen sehr weiten Entgegenkommens der Gewerkschaften. Durch die dem Reichsarbeitsminister von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge allein wäre es schon möglich gewesen, für rund 20 000 Arbeiter die Entlassung zu verhindern. Die Vertreter der Verwaltung beharrten aber trotzig und hartnäckig auf ihrem Standpunkt, der darauf hinauszielt, unbeflümmert um die Ueberzeit im Betriebs- und Betriebsdienst für die Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter jede Woche eine Feiertagsruhe einzulegen.

Es ist jetzt damit zu rechnen, daß die Hauptverwaltung einigen Zehntausenden Arbeitern des Arbeitsverhältnis kündigt. Sollte das wirklich der Fall sein, dann muß der Reichsarbeitsminister unter allen Umständen von seinem Aufsichtsrecht Gebrauch machen; denn was die Reichsbahn vorhat, kann unter keinen Umständen hingenommen werden. Das größte Reichsunternehmen darf nicht Zehntausende von Arbeitern auf die Straße setzen, ohne daß dafür ein sichtbarer begründeter Anlaß vorhanden ist.

### Der Reichsbahnenschluß zur Aufkündigung

Gewerkschaftlicher Zusammenhalt ist das Gebot der Stunde

Berlin, 18. Dez. (Eig. Draht). Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich, nachdem ihre Verhandlungen mit den Gewerkschaften über ein Feiertagsabkommen gescheitert sind, entschlossen, allen Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeitern den Arbeitsvertrag aufzukündigen. Die Arbeiter sollen einen Kewers unterschreiben, worin sie sich verpflichten, im nächsten Vierteljahr pro Woche eine Feiertagsruhe auszuführen.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands fordert seine Mitglieder auf, diesen Kewers ohne Bedenken zu unterschreiben, denn die Unterzeichnung ist, da sie nur unter dem Druck der Entlassungsandrohung erfolgt, rechtlich unmöglich. Der Vorstand wird auf dem Klagewege das Recht seiner Mitglieder sichern. Er richtet an die Eisenbahner den Appell, haltet fest zusammen und beugen dem Angriff der Hauptverwaltung!

### Ulrich Kaufcher gestorben

Ein anerkannter guter Diplomat

Der deutsche Gesandte in Warschau, Genosse Dr. Ulrich Kaufcher, ist in der Nacht zum Dienstag in St. Blasien im Alter von 46 Jahren einer doppelseitigen Lungenentzündung erlegen.

Mit Kaufcher hat die deutsche Diplomatie einen ihrer fähigsten Köpfe verloren. In Stuttgart als Sohn eines Professors geboren, widmete sich Kaufcher nach dem Abschluss seines Universitätsstudiums zunächst der Journalistik. Im Dienste der damaligen demokratischen Frankfurter Zeitung brachte er es zu ausgezeichneten journalistischen Leistungen, die Größe für schriftstellerische Befähigung und politischen Weitblick erkennen ließen. Während des Krieges war er zwei Jahre an der Front, den Rest verbrachte er bei der politischen Abteilung in Brüssel. Als kurz vor dem Zusammenbruch Scheidemann in die Regierung des Prinzen Max v. Baden eintrat, nahm er Kaufcher zu seinem Sekretär. In dieser Stellung verblieb der kaum 30jährige, bis er zum Pressesekretär der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes ernannt wurde. Als solcher hat er sich insbesondere um den Aufbau der Presseabteilung der Reichsregierung große Verdienste erworben, was in allen Parteien anerkannt wird. Bald nach dem Kapp-Putsch ging Kaufcher als deutscher Gesandter nach Genoa, wo er sich nur kurze Zeit auswirken konnte. Die Bekämpfung dieses Landes und eine blutige Eroberung durch die Sowjet machte der diplomatischen Tätigkeit Kaufchers im Ausland ein baldiges Ende. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er im Jahre 1922 deutscher Gesandter in Warschau. Dieses Amt, eines der schwierigsten der Diplomatie, hat Kaufcher bis zu seinem Tode in ausgezeichneter Weise geführt.

Als Kaufcher seine Tätigkeit in Warschau begann, bestand zwischen Deutschland und Polen ein äußerst gespanntes Verhältnis. Mit Energie und viel Geschick ging Kaufcher daran, die Beziehungen der beiden Länder zum Nutzen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Wiedergeburt in Polen besser und besser zu gestalten. Endlos waren die Schwierigkeiten, die sich seinen Bemühungen um die Überwindung der unauflösbaren Wirtschaftskrise zwischen Deutschland und Polen durch den Abschluss eines Handelsvertrages entgegenstellten. Trotzdem gelang es seiner Tätigkeit, seinem unermüdlichen Optimismus und seinem Verhandlungsgeschick nach endlosen Rückschlägen einen Handelsvertrag mit Polen zustande zu bringen, ohne daß ihm dafür Zeit seines Lebens in Deutschland die gebührende Anerkennung zuteil geworden ist. Seit das Vertragswort fertiggestellt ist, führt die „nationale Opposition“ von Tag zu Tag schärier gegen ihn an, nicht nur um sein Werk, sondern auch um den linkslebenden Politiker und Diplomat zu treffen. Daß er als Heidelberger Korpsstudent zur politischen Linken überhördete und aus dieser seiner Einstellung nie einen Hehl machte, hat ihm unter „nationales Bürgerium“ nie verziehen.

Jetzt hat der Tod dem Diplomaten und Menschen ein Ende bereitet, ohne daß es ihm vergönnt gewesen wäre, den endgültigen Erfolg seines Wirkens für die Verständigung mit Polen noch zu erleben. Kaufchers Ableben, wie das unseres Freundes Köster in Ehren zu halten, ist unsere selbstverständliche Pflicht.

### Tagung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 18. Dez. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm heute einen ausführlichen Bericht des Grafen Bernstorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen. Die Ausführungen des Nationalsozialisten hier riefen lebhaften Protest und erregte Zwischenrufe der Linken hervor. Eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte, die zeitweise recht stürmisch war, gestaltete sich deshalb besonders erregt, weil seitens der Regierung dem Ausschuß keine offizielle Mitteilung vom Ableben des deutschen Gesandten in Warschau, Kaufcher, gemacht wurde. In parlamentarischen Kreisen war man der Auffassung, daß die Regierung einen Hinweis auf den Tod Kaufchers vermeiden habe, weil sie bei der gegenwärtigen Zusammenkunft und Leitung des Auswärtigen Ausschusses eine neue ablehnende Kritik an dem inzwischen verstorbenen Dr. Kaufcher befürchtete.

Angenommen wurde eine Entschließung des Grafen Westarp (Königsberg), die die Regierung auffordert, Material über die Verdringung der Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch förmliche und planmäßige Propaganda im Ausland und im Inlande (im Benehmen mit dem Auswärtigen Ausschuß) zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen in geeigneter Form für den Unterricht und für die Verteilung an Schüler zu überweisen. Ein Zentrumsantrag, der dem Bestehen über die Genfer Verhandlungen Ausdruck gibt und von der Regierung fordert, daß diese sich einer weiteren Verhinderung der Abrüstungsfrage entgegenstelle, fand nicht die Zustimmung des Ausschusses, ebensowenig ein nationalsozialistischer Antrag, der die Abrüstungskonferenz für das Frühjahr 1931 verlannte und für den Fall der Ablehnung des deutschen Verlangens forderte, ab 1. Oktober 1931 mit der deutschen Wehrverfäugung zu beginnen.

### Die englische Wahlreform

Zustimmung der Labour Party

London, 18. Dez. (Eig. Draht.) Mit 133 gegen 20 Stimmen gab die Fraktion der Labour Party am Donnerstag der von der Regierung vorgeschlagenen und dem Parlament vorgelegten Wahlreform ihre Zustimmung.

Die Reform enthält das alternative Wahlrecht und nicht das Verhältniswahlrecht, wie es die Liberalen gern gesehen hätten. Ferner sind vorgesehen: Aufhebung der Sonderstimmen für Universitäten und andere Wähler, Beschränkung des Kraftwagendienstes am Wahltag, Herabsetzung der für Wahlzwecke auszugebenden Gelder.

Magdon war gegen dieses Wahlkompromiß mit den Liberalen, Mosley dafür. Macdonald erklärte, ohne diese Wahlreform würden die Liberalen nicht mehr für die Regierung stimmen. Das bedeute Neuwahlen, die heute gleichbedeutend seien mit politischem Selbstmord.

### Verbot des Stahlhelmfilmes aufgehoben

Die Filmoberprüfungsstelle hat das unlängst erlassene Verbot des Stahlhelmfilms heute aufgehoben.

### Holländische Flottenvorlage gegen Sozialdemokratie genehmigt

Amsterdam, 18. Dez. (Eig. Draht.) Die niederländische Flottenvorlage, die ein sechsjähriges Bauprogramm mit einem Gesamtaufwand von mehr als 200 Millionen RM. vorsieht, wurde am Donnerstag von der 1. niederländischen Kammer angenommen. Die Annahme erfolgte mit 28 Stimmen gegen 12 Stimmen der Sozialisten und freisinnigen Demokraten.

### Der Umsturz in Guatemala

Guatemala, 18. Dez. Der holländische Präsident Palma hat sich in die deutsche Gesandtschaft geflüchtet. Die neue Regierung ist nur gegen Palma richtete und daß sie den Präsidenten Dato unterstützen werde, wenn er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt wieder übernehme.

## Frankreichs Linksmehrheit siegt

### Tardieu's Dolchstoßversuch gegen Steeg mißlungen

Paris, 18. Dez. (Eig. Draht.) Während sich das neue französische Kabinett Steeg, das nach mühsamen Verhandlungen als eine Minderheitsregierung ins Leben getreten ist, der Kammer am Donnerstag vorstellen konnte, hat ihm sein größter Gegenspieler und Vorgänger Tardieu einen entscheidenden Schlag versetzt. Kurz vor der Eröffnung der Kammeritzung, welche die Regierungserklärung brachte, reichten der Arbeitsminister Thoumouze, der Unterstaatssekretär im Innenministerium Cois und der Unterstaatssekretär im Ackerbauministerium Caury den Vordungen und Mitteilungen Tardieus folgend, ihre Demission ein. Damit hat die Regierung noch vor ihrem ersten Auftreten vor dem Parlament fünf Ministertreter verloren.

Die dreifache Demission hat in den Wandelgängen der Kammer eine riesige Aufregung hervorgerufen.

An erster Stelle sprach sich die neue französische Regierung durch Ministerpräsident Steeg für die volle Aufklärung am Duffin-Stand aus „ohne Schwäche, doch mit dem ausschließlichen Wunsch nach unparteilicher Gerechtigkeit“. Die eigentliche Programmklärung streifte dann die Notwendigkeit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Teuerung, zur schleunigen Ausgleichung des Budgets, zur Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung und einer fortschrittlichen Schulpolitik. Nur über die Außenpolitik sprach sich die Regierungserklärung etwas ausführlicher aus. Frankreich wünsche einmütig den Frieden, so heißt es hier. Aber der Wunsch allein genüge nicht, um den Frieden endgültig zu sichern. Interessengegenstände, Vorurteile und Bestimmungen trennen noch immer die Völker. Eine internationale Aktion auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Moral, eine gemeinsame und gleichzeitige Bemühung um Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung könnten allein eines Tages Mißtrauen und Groll aus der Welt schaffen. Die

Erklärung schließt nach einem Aufruf für den „Frieden in Sicherheit und der Achtung von den Verträgen“ mit einem Appell an die Einigkeit der Parteien.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Abg. Franklin-Bouillon, der die Ansicht vertrat, daß die Regierung zwei notwendig Dinge, nämlich die Entspannung und die Konzentration, nicht verwirklichen könne. Das Kabinett könne nur mit Unterstützung der Sozialisten bestehen, und eine derartige Zweideutigkeit würde die Kammer nicht einen einzigen Augenblick dulden.

Als Diskussionsredner ergriff der kommunistische Abgeordnete Cochin das Wort, um dem Ministerpräsidenten Steeg seine zu starken Anteile aus dem Programm Tardieu's vorzumerken. Die Abg. Bascou von der radikalen Linken und Laquiere von der Maginotlinie warfen der Regierung vor, daß sie ein verhängnisvolles Kartellkabinett, ein Kampfkabinett darstelle, weil sie sich auf die Unterstützung der Sozialisten verlassen müsse. Berriot machte das Haus, nicht den Versuch einer Konzentrationsregierung zum Scheitern zu bringen. Wenn die Rechte tatsächlich in der Mehrheit sein möge sie doch eine rechtsgerichtete Regierung bilden. Louis Marin wirft der Regierung vor, bei der Zusammenkunft des Kabinetts nicht der Mehrheit Rechnung getragen zu haben. Er gebe etwas gefährlicheres als eine Regierung zu kürzen, nämlich eine instabile Regierung zu bilden. Hieraus wird die Aussprache geschlossen.

Die Sozialisten ließen erklären, daß die für die Regierung stimmten würden, und zwar ohne von der Regierung etwas zu verlangen, lediglich um die Geneser des Regimes und die rechtslebenden Abgeordneten daran zu hindern, in einem für den Frieden Europas gefährlichen Augenblick die Regierung zu übernehmen.

Bei der Abstimmung über den ersten Teil der von der radikalen Linken eingebrachten Tagesordnung, in dem der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, blieb die Regierung mit 291 Stimmen gegen 284 Stimmen in der Mehrheit.

## Edelmenschen des „Dritten Reiches“

### So sehen die Führer des Nationalsozialismus aus

#### Salomon mit den vier Namen

Die Offizierskamarilla, die sich in der NSDAP. zusammengefunden hat und die in der letzten Zeit noch durch einige Fremde mehr bereichert wurde, befehlt ihren allmächtigen Führer in dem Hauptmann a. D. Ferdinand Franz Felix Pfeffer von Salomon, auch von Mauritz, von Windheim und von Salome genannt, der, wie letztensamerweise fast alle nationalsozialistischen Prominenten, katholisch ist. Im September 1930 formal als Reichsführer der Sturmabteilungen abgelehnt, blieb der Einfluß dieses Mannes, der in München wohnt, nach wie vor fast gleich groß. Pfeffer von Salomon stellt den Typ des entwürdigten Landknechts-Offiziers dar, der nach dem Weltkrieg nicht abzulassen wollte und deshalb Privatfeldzüge unternahm.

Am 4. Dezember 1920 wurde Pfeffer auf Grund eines Haftbefehls, den das außerordentliche Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I erlassen hatte, auf dem Gut Frickentwerder in der Neumark festgenommen. Er war damals Führer der sogenannten „Frontbewegung“. Vom Regierungskommissar in Münster war ebenfalls Schutzhaftbefehl gegen ihn erlassen worden. Lange Zeit hindurch war Pfeffer von Salomon flüchtig gewesen, nachdem er sich im Baltikum zuvor als Führer eines eigenen Freikorps betätigt hatte. Unter dem Namen von Windheim und von Mauritz hatte er sich viele Monate hindurch auf dem Schloß Rundschütz, das seinem Onkel gehörte, verborgen gehalten. Seine Verhaftung veranlaßte die wilde Delperatolauflage nur für kurze Zeit zu unterbrechen, denn Pfeffer von Salomon wurde, aus

niemals geklärten Gründen, bald wieder freigelassen. Damit begann eine neue Serie von Konspirationen.

Er gehörte der Reihe nach der Orgeß (Organisation Ehrlich), dem Bund der Aufrechten und dem deutschvölkischen Saub- und Trugbund an. 1921 war er beim Selbstmord in Obersiebenbrunn, dessen Aufstellungenstab von ihm geleitet wurde. Unter seinem Kommando erfolgte im Jahre 1923 während der Ruhrbesetzung das Dynamitattentat auf die sozialdemokratische Zeitung Volkswille in Münster.

Schließlich findet dieser Kondottieri Anstich an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, die ihn viele ähnliche Existenzen mit Freude aufnimmt. 1926 wurde Pfeffer, der sich nur ungern mit vollem Namen titulieren läßt, Gauführer in Berlin, um bereits im September des gleichen Jahres das Amt des Reichsführers der SA. zu übernehmen, deren Ausbau auf seine vierjährige Arbeit zurückzuführen ist. Auch während dieser Zeit hatte Pfeffer von Salomon noch ein Verhörmittlerintermezzo, als er in eine Fremdenorgangelegenheit, die in Krefeld verhandelt wurde, verwickelt war.

Zusammen mit den im November 1930 in die Reichsleitung der NSDAP. berufenen Fremdenorden Schulz und Klappert wird der Franz Ferdinand Felix Pfeffer von Salomon kein bequemeres Mitglied sein. Man vermag wohl, ihn einmal vorübergehend abzugeben; gänzlich fallstücheln kann man den Sturmabteilungsstrategen, der die dunkelsten Geheimnisse der Bewegung kennt, niemals. Das magt kein Hitler und kein Goebbels; höchstens Pfeffers Berliner Gegenpfeifer, der aus ähnlichen Holz geschnitzte ehemalige Polizeihauptmann Stennes besäße diese Courage.

## Aus aller Welt

#### Explosion bei Abteuf-Arbeiten

Wollum (Niederrhein), 18. Dez. Bei Abteuf-Arbeiten auf Schacht 2 der Gewerkschaft Wollum erfolgte eine Explosion. Angehender hatte sich in einem Rohrlauf nach Sprengstoff begeben. Vier Arbeiter wurden verletzt, darunter zwei schwer. Die Schwerverletzten wurden sofort dem Krankenhaus zugeführt.



Nur noch einmal stehenbleiben, Mutt! Weihnachtskaufjäger, die Sehnsucht der Kinder

#### Herstellung eines elektrischen Torpedos

Der Marinekorrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß die Marine der Vereinigten Staaten noch langwierigen Versuchen gelangen sei, einen elektrischen Torpedo herzustellen, der den großen Vorteil habe, daß er bei seiner Fortbewegung unter Wasser keine Schaumbahn an der Oberfläche herzeuge. Im Kriege sei es Hunderten von Schiffen durch rechtzeitige Beobachtung der verräterischen Schaumbahn gelungen, durch eine schnelle Drehung des Steuerrohrs dem Torpedo auszuweichen. Auch in der Seeschlacht am Stageral hätten, wie Admiral Bellows mitteilt, mehrere britische Schlachtschiffe durch schnelles Manövrieren den Torpedos ausweichen können. Der Korrespondent fügt hinzu, unmittelbar vor dem Waffenstillstand sei es in Deutschland gelungen, einen selbstbrauchbaren „unabhängigen“ Torpedo herzustellen. Entsprechende Versuche in England seien anscheinend nicht fortgesetzt worden, und es sei den Vereinigten Staaten überlassen geblieben, zum ersten Male einen Torpedo dieser Art herzustellen.

#### Petroleumtankerschiff auf der Donau in Flammen

Belgrad, 18. Dez. Auf einem großen Petroleumtankerschiff, das heute früh auf der Donau ein Brand ausgedrohen. Es handelt sich um einen Schlepsschiff der rumänischen Petroleumfirma Armaton. Der Dampfer hatte drei Petroleumtanks nach Budapest zu übergeben und war in der Nähe von Banolova vor Anker gegangen. Durch unvorsichtiges Schüttern mit einer Latene wurde die Donau des einen Schiffes in Brand geleitet. Der Kapitän kam in der Flammen um. Ein Matrose wurde schwer verletzt. Die beiden anderen Tankerschiffe wurden auf das andere Ufer der Donau gebracht. Man erwartet jeden Augenblick die Explosion des noch immer brennenden Tankerschiffes, dessen Flammen viele Kilometer weit zu sehen sind.

#### Bronnen heiratet die Mäuse-Wajazone

Der im Laufe der Jahre trotz nicht arifcher Herkunft nationalsozialistisch genordene Schriftsteller Ernst Bronnen, u. a. Verfasser eines solchen Buches über Rohrbach und jüngst erst Städt. des Berliner Thomas Mann-Abends, hat sich verheiratet. Das Ereignis wäre an sich reichlich privat und unwichtig, wenn es nicht hiesige Kulturkritik durch die Tatsache fände, daß die Dame Bronnenschen Namens ausgerechnet ein frühester Diga-Promoter ist, das in der Goebbelsvorstellung von „Im Westen nichts Neues“ der Berliner Moszorgal die mittlerweile berühmt gewordenen Mäuse-Wajazone ausgeleht hat.

# Abrechnung mit Nazis im Landtag

## Ein Hakenkreuzprovokateur

### Der Bauernverein Orschweier - Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten - Demaskierung der Nationalsozialisten - Die Republikaner im Angriff - Der Schmäher der Weimarer Verfassung aus dem Saale gewiesen

Zur Abrechnung wurde wieder mal eine Sitzung der Landwirtschaftsversammlung abgehalten. Es roch auch danach, Kommunisten und Zentrum waren in bester Stimmung. Die Seele der Bauern des Ortes Orschweier bei Eichenheim entbrannt. Und dabei wurde noch verschiedene andere Wünsche geäußert! Schmeicheleien waren es nicht, die verschiedene bäuerliche Organisationen zu hören bekamen. Die Art, wie eine landwirtschaftliche Genossenschaft den Landtag behandeln zu können glaubte, zum Dank, daß er mit 900 000 M zu Hilfe kam, darf auch schon als sehr ungewöhnlich bezeichnet werden. Der sozialdemokratische Sprecher, Abg. Maier, erhielt allseitige Zustimmung, als er das Verhalten der Genossenschaft als brutal und schandbar kennzeichnete. Es wurde erneut ein Ausschuss eingesetzt, dem es hoffentlich mit Hilfe der Regierung gelingen wird, die geforderte Untersuchung der Geschäfte der Bauernbank durchzuführen.

War es am Vormittag ein Herz, ein Gewerbe, bei dessen Ausübung es nicht immer nach Rosenwasser duftet, so kam hernach eine Partei an die Reihe, deren übler Geruch seit einigen Jahren die Luft des deutschen Vaterlandes auf das schrecklichste verpestet. Die Partei, die weder national, noch sozialistisch, noch Arbeiterpartei ist, deren Namen also schon ein slatter Betrug und Schwindel ist, bekräftigte den Landtag mit einer Beschwerde darüber, daß die Regierung ihr das Tragen ihrer Uniform und Abzeichen verboten hat. Ausnahmeweise begründete der badische Führer dieser Partei, der Abg. Wagner, den Antrag auf Aufhebung des Verbots. Herr Wagner ist sonst sehr schweigsam im Landtag. Man laßt dem Herrn nach, daß Mut und Tapferkeit nicht seine härtesten Tugenden sind, besonders nicht, wenn er allein ist und Gegnern gegenüber steht. Um so größerer Held ist er, wenn er seine Soldaten mit sich hat; da ist er der Tapferste und Mutigste einer Kampftruppe! Im Landtag läßt er Reden und Äußerungen seinen innigen Leuten machen, vor allem dem hemmungslosen Köhler. Nun mußte aber wohl oder übel Herr Wagner einmal in höchstener Person antreten. Man versteht jetzt nach dieser Rede den großen Schweiger! Ein jämmerliches, klägliches Gestammel! Ein paar provisorische Redensarten! Das ist der Führer dieser Partei! Nun wundert man sich fast nicht mehr über die anderen Gesichtsäußerungen, über die Unterwürfigkeit, über die „Größen“ zweiten und dritten Ranges! Wenn selbst der Führer nicht über Schlagworte hinauskommt, dann bleibt für die anderen wirklich nichts mehr übrig als Schimpfwörter, Reichemtionen, Dolch, Schlagring und Revolver.

Der Antrag der Salenkreuzler bekam den Herren sehr über. Es erfolgte mit ihnen eine Abrechnung, wie sie im Landtag wohl noch nie mit einer Partei erfolgt ist. Knapp und Keßler setzten sich Abg. Dr. Mattes mit den Salenkreuzern auseinander. Eine ganz ungewöhnliche Erscheinung, diese Partei einmal energisch zu sehen. Man hatte allerdings auch ihre „nationale“ Zuverlässigkeit angezweifelt. Alles Bedenken der Liberalen um die Nationalsozialisten war vergebens. Jählich und höhnisch gab ihnen der Herr Wagner den Zutritt.

Herscherlicher, stark und wuchtig war die Abrechnung, die unter Genosse Keßler mit den Hakenkreuzern hielt. Schlag auf Schlag folgte. Wollte man die Nationalsozialisten als Heuschrecke vom Gesicht weissen. Ein überreiches, wohl bearbeitetes, unumkehrbares Material brachte der sozialdemokratische Redner vor. Fast verschlug diese Abrechnung den Redner und Genossen die Sprache. So muß man diese Gesellschaft behandeln. Rückwärts, schamlos! Hier im Parlament müssen sie Rede und Antwort geben, hier haben sie nicht ihre fanatisierten Soldaten, ihr höfliches Gefolge hinter sich, hier können sie nicht feige ausweichen. Hier müssen sie den Gegenstand ändern, ohne ihn niederzulegen zu können, so sehr sie es möchten. Sie müssen die Wahrheit ändern, ob sie wollen oder nicht; und die Wahrheit überträgt sogar ihr Gebrüll. Die Republikaner sind in der Offensive. Sie haben das Treiben satt. Hoch eine solche Abrechnung im Landtag mit den politischen Hysterikern, und der Spuk des Hakenkreuzes wird verschwinden sein.

Eine unerhörte Provokation des Abg. Wagner gegen Schluß der Sitzung legte den Mann aus dem Saale. Die Mehrheit der badischen Volksvertretung zwang den hakenkreuzerischen Provokateur, der sich erdreistete, die Verfassung von Weimar als Machwerk zu beschreiben, vom Rednerpult. Die Probe aufs Exempel war gemacht. Die Republik läßt sich nicht mehr länger beschimpfen.

#### 6. Sitzung

h. v. Karlsruhe, 18. Dezember 1930.

Ausnahmeweise beginnt die Sitzung pünktlich, kurz nach 9 Uhr. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Und zwar wird der kommunistische Antrag behandelt.

#### Bauernverein in Orschweier

wetterberaten. Abg. Hoffmann (Ztr.) polemisiert vor allem gegen den Abg. Köhler. — Es geht sich bei der ganzen Angelegenheit weniger um die Höhe der Steuern von Orschweier zu handeln, als vielmehr um einen Konflikt zwischen Zentrum und Kommunisten. Die Sache ist völlig politisch aufgeblasen worden. Die Kommunisten scheinen wohl auf ein besonders starkes Parteigebiet in Orschweier zu hoffen. Der Zentrumredner kam mit den Kommunisten sehr leicht aneinander, es gab häßliche Unterbrechungen, sogar Ordnungsruhe. — Abg. Hertl (Nat.Soz.) meint, die Zentralgenossenschaft würde sich einen Dreck darum kümmern, was der Landtag beschließt. Die Genossenschaft würde sich vom Landtag nichts verschreiben lassen. Deshalb lehne er den Antrag des Ausschusses ab. Abg. Silbert (Wirtsh.) u. Bauer (Ztr.) lehnen den Antrag der Kommunisten ab. Es handle sich in Orschweier um einen Einzelfall, der nicht verallgemeinert werden dürfe. Die Regierung möge sich nochmals mit der Zentralgenossenschaft in Verbindung setzen, damit Parteien vermieden werden. Abg. Dr. Wollhard (Dem.) hält eine Danksagung des Reichstages für gegeben. Der Redner kritisiert sehr scharf das Verhalten der Zentralgenossenschaft gegenüber dem Landtag und der Regierung. — Staatspräsident Wittmann stellt einige Kritikpunkte. Der Innenminister sei auf die Vorkommnisse erst durch die Zeitungen aufmerksam geworden. Er werde nun die Akten prüfen, um festzustellen, ob irgendeine Schuld festzustellen ist. Die Regierung hat keine Möglichkeit, einzusehen. Die Staatsbürgerschaft für die Zentralgenossenschaft sei seinerzeit auf Antrags des Reichsministers Dietrich genehmigt worden. Die Re-

gierung könne aus diesem Bürgerstatusverhältnis für Orschweier nichts tun. — Abg. Dr. Mattes (D. Volksp.) hält den Antrag des Ausschusses für richtig. Der wahre Schuldige sei allerdings der Revisionsschlichter des badischen Bauernvereins. — Staatspräsident Wittmann bekräftigt sich noch mit einigen Ausführungen des Vorredners. — Abg. Sed (Ztr.) wendet sich gegen die politische Verberbung der Bauern durch die Nationalsozialisten. Dadurch werde auch dem Genossenschaftsgedanken schade.

#### Abg. Maier (Soz.)

Eine Arbeitergenossenschaft hätte bei einer solchen Zahl von Mitgliedern, wie sie die landwirtschaftliche Genossenschaft hat, 90 000, eine solche Bürgerzahl in Höhe von 900 000 M nicht benötigt. Auf jedes Mitglied wären 10 M gekommen. Leute, die eine Genossenschaft gründen, haben auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Ordnung herrscht. In Orschweier solle man die Gelder von den Schuldscheinen holen. Wir haben an dem Streit kein Interesse. Die Idee, daß das badische Bauerngenossenschaftswesen unter eine Hut gebracht wird, war uns jederzeit die Bürgerzahl wert. Wir hoffen demnach, daß nach den bestimmten Zusicherungen die Akten dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt würden. Wir bieten das für selbstverständlich. Die brüste und schandvolle Art, wie die Akten vorgehalten werden, kann von niemand gebilligt werden. Die Juristen mögen feststellen, wie man die Einkünfte in die Akten einbringen kann, und wenn es durch ein Gesetz geschieht. Durch die Weigerung der Zentralgenossenschaft wird im Lande der Eindruck erweckt, daß das etwas zu verbergen ist. Die sozialdemokratische Fraktion wird alles unterfragen, was dazu führt, die Untersuchung ordnungsgemäß durchzuführen und die Aktenvorlagen zu erlangen. — Zur Sache spricht weiter noch Frau Abg. Köhler (Ztr.), Abg. Köhler (Ztr.), Abg. Dr. Wollhard (Dem.), Staatspräsident Wittmann, Abg. Dr. Mattes (D. Volksp.), Abg. Hertl (Nat.Soz.), Abg. Dr. Köhler (Ztr.), wonach endlich die Debatte beendet ist. Abg. Sed (Komm.) hält noch eine Schlußrede. Die Kommunisten haben einen Antrag eingebracht, der verlangt, der Ausschuss zur Untersuchung des Geschäftsgebahrens der Bad. Bauernbank solle aufgefordert werden, dem Plenum in der nächsten Sitzung über das Ergebnis seiner Arbeit Bericht zu erstatten. Der Redner wendet sich sehr scharf mit dem Zentrum zusammen, als er auf die enge Verbindung zwischen Bad. Bauernverein und Zentrum hinweist.

Ein neuer Antrag verlangt die Einziehung eines Ausschusses, der das Geschäftsgebahren der Bad. Bauernbank und der landwirtschaftlichen Arbeitergenossenschaft zu prüfen und dem Landtag Bericht zu erstatten hat, soweit die Dinge nicht vertraulich zu behandeln sind. — Abg. Gaster hält das Schlußwort als Richterfakt. — In der Abstimmung wird der ursprüngliche Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten abgelehnt, der Antrag des Ausschusses angenommen. Der Antrag betr. Untersuchungsausschuss wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen; der diesbezügliche Antrag der Kommunisten wird zurückgewiesen.

Zum Anruf kommt nun der Antrag betr.

#### Aufhebung der Uniformverbotsbestimmung

Berichterstattet ist Abg. Trins. Der Ausschuss beantragt, dem Antrag die Zustimmung zu verweigern. — Selbst während des völlig neutralen Berichtes des Abg. Trins kann der Abg. Köhler (Nat.Soz.) keine Zwischenrufe nicht lassen, weshalb er vom Präsidenten zurückgewiesen wird.

Ein Antrag der Kommunisten verlangt die Aufhebung des Verbots des roten Frontkampfbundes.

Den Antrag der Nationalsozialisten begründet

#### Abg. Wagner (Nat.Soz.)

Der Redner betont, daß auch das Zeigen der Salenkreuzjahre in den Versammlungen der Nationalsozialisten verboten sei. Auch das Mitführen von Dandlkindern von Frauen, die Salenkreuzabzeichen tragen, sei verboten worden. Hier liegt Verfassungsbruch vor. Die gesamten Symbole der nationalsozialistischen Bewegung sollten aus der öffentlichen Verberbung verschwinden. In Bayern und Preußen handle es sich um andere Verbote. In Bayern seien die Parteiformen in öffentlichen Versammlungen nicht verboten; auch Kreuze acht nicht so weit. Es seien Verbote der Polizei von einer bestimmten Stelle im Ministerium gestiftet worden. Politische Stellen hätten sich leicht gewundert, wie Berichte tendenziös entstellt worden seien. Die Verbotsbestimmungen seien einseitig. Die öffentliche Ruhe und Sicherheit werde von anderer Seite gefährdet. Das Reichsbanner Mannheim habe in Vertheim Nationalsozialisten und friedliche Passanten belästigt und sogar niederschlagen. Die marxiistischen Terrororganisationen fördern die Ruhe und Ordnung. In Dietlingen sei ebenfalls das Reichsbanner schuld an Zusammenstößen gewesen. In Stuttgart habe der Windstörbünd auch eine Uniformierung beschließen. Die Polizei habe blindlings die nationalsozialistischen Schutzstaffeln niederschlagen. Die Verbotsbestimmungen würden den Siegsmarsch der nationalsozialistischen Bewegung nicht aufhalten. Wir sind dem Minister sogar dankbar für die Verbote. Wie wollen aber nur ich, inwiefern die Parteien der Verfassung diese Verfassung achten. Die Verbote nehmen den nationalsozialistischen Führern die Möglichkeit, ihre Leute zusammenzuführen. Wir wollen die Möglichkeit haben, unsere Massen wieder zu disziplinieren und in die Hand zu bekommen.

Den Antrag der Deutschen Volkspartei, alle Uniformen zu verbieten, lehnt der Redner ab. Die national nicht nennende Volkspartei beantrage, daß die Angehörigen mit den Unanständigen in einen Topf geworfen werden. Man wolle nationale Organisationen, wie Stahlhelm, verbieten wie die internationalen, marxiistischen, vaterlandslosen Verbände.

Es sei bedauerlich, daß unter den Unterschriften zu dem Antrag der Volkspartei sich keine eines Mannes findet, von dem man etwas anderes erwartet hätte. (Der Redner meint damit den Abg. Bauer.) Wir verlangen die Aufhebung der Verbotsbestimmung. — Als einzige nationalsozialistische Abgeordnete nach der Rede von Wagner in die Hände klafften, wies dies der Präsident scharf zurück. — Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf nachmittags halb 5 Uhr anberaumt.

#### 7. Sitzung

In der Nachmittagsitzung begründet zunächst

#### Abg. Dr. Mattes (D.V.)

einen Antrag, der ein Uniformverbot für alle Parteien und alle politischen Verbände verlangt. Einzelverbote würden Gefahren in sich bergen. Deshalb solle ein allgemeines Uniformverbot erlassen werden. Der Redner wendet sich dann gegen den Abg. Wagner der Deutschen Volkspartei die nationale Gesinnung abspülen habe. Die Leute, die in unieren Reihen stehen, sind eine bessere Gewähr für unsere nationale Gesinnung, als die Ausführenden jugendlicher Wortführer. (Zustimmung.) Um die Wortführer des Abg. Wagner zurückzuweisen, müßte ich Ausdrücke gebrauchen, die bisher nicht

parlamentarisch waren, und die erst durch die Nationalsozialisten eingeführt wurden. (Allgemeine Zustimmung.)

#### Abg. Böning (Komm.)

begründet den Antrag, den Keinen Belagerungszustand in Baden aufzuheben. Der Redner beipflichtet lediglich eine Anzahl Einzelfälle mit denen er nachzumeilen versucht, daß der Keine Belagerungszustand sich nur gegen die Kommunisten richte. Der Ton der Nationalsozialisten kennzeichnet diese Partei als eine Knüppelgarde des Kapitalismus. Herr Wagner habe sich hier im Saale einen Keilring nennen lassen, ohne sich zur Wehr zu setzen. (Zuruf von Wagner: Stimmt nicht! Böning: Das stimmt schon, mein Lieber. Große Heiterkeit.)

Den Ausschussbericht über den loeben begründeten kommunistischen Antrag erstattet Abg. Dr. Wollhard. Der Ausschuss beantragt, den kommunistischen Antrag abzulehnen.

Die allgemeine Beratung über die Anträge wird eröffnet.

#### Abg. Keimbold (Soz.)

Mit dem Antrag der Nationalsozialisten auf Aufhebung des vom Ministerium erlassenen Verbotes gegen das öffentliche Tragen der Uniformen der Nationalsozialisten ist auch zugleich das Reichsbanner in die Debatte einbezogen worden. Eine Gleichstellung des Reichsbanners mit den Sturmabteilungen der NS ist jedoch völlig abwegig.

Die Gründung des Reichsbanners ist zum Schutz der bestehenden Staatsordnung erfolgt.

Die geschah in jener Zeit, wo man mit dem politischen Niedergang der demokratisch-republikanischen Staatsform kämpfen zu können. Das Reichsbanner steht positiv zur Reichs- und Länderverfassung. Sein Bestehen ist für den demokratisch-republikanischen Staatsgedanken. Seine Arbeit besteht nicht nur in der Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen, sondern vor allen Dingen auch in der Stärkung des Staatsgedankens und der Staatsverantwortlichkeit in der Masse der Bevölkerung. Das Reichsbanner ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Man kann sich wohl denken, daß auch das Reichsbanner eines Tages nicht mehr in seiner Existenz notwendig sein wird. Das kann aber erst zu dem Zeitpunkt sein, wo die demokratisch-republikanische Staatsform so fest verankert ist, daß sie in jeder Hinsicht völlig unantastbar geworden ist.

Wie steht es nun aber auf der anderen Seite, der Seite der NS und der Kommunisten. Herr Abg. Wagner hat in seiner Begründung für die Aufhebung des Uniformverbotes die Erklärung abgegeben, daß die NS streng darüber wachen werden, daß die bestehenden Gesetze der derzeitigen Verfassung von den republikanischen Parteien respektiert werden. Er bekennt sich also zur Durchführung der jetzigen Staatsverfassung. (Sehr richtig! bei den NS.) Mir kommt diese Erklärung der NS. vor, wie wenn der Koch den Einten predigt. Auch Hitler hat bereits eideschwurähnliche Erklärungen in der letzten Zeit abgegeben. (Der Abg. Kraft macht einen Zwischenruf, worauf Abg. Keimbold erwidert: Herr Abg. Kraft, Sie haben von meiner Fraktion völlige Schimpf- und Narrenfreiheit!) Ich halte diese

Erklärungen Hitlers für einen glatten Heineid.

(Sehr richtig!) Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Die NS bekennen in Wort und Schrift sich als schärfste Gegner der jetzigen Staatsform. Sie erklären unumwunden, daß sie jede Gelegenheit benutzen werden, um diese Staatsform zu beseitigen. Ebenso deutlich sprechen sie aus, daß sie dazu auch jedes Mittel benutzen werden. Wenn nun die NS. auf einmal auf völlig legalen Wege die Staatsform ändern wollen, so darf man sich dabei erinnern, daß eine ähnliche Sachlage bereits im Jahre 1923 bestanden hat. Auch damals wurden von den NS. ehrenwörtliche Versicherungen abzugeben, in Bayern nicht zu wüthen und dennoch wurde am 9. November in München gedurft. Die Begleiterscheinungen jenes Putsch sind derartiges, das auch noch heute die Schulbücher der Verfassungsentwurf der damaligen sogenannten nationalen Revolution vom 9. November 1923 in München, der vorab die reifliche Beteiligung der Demokratie, die Auflösung aller Parlamente, die Unterdrückung der Pressefreiheit (Hört! hört!), Auflösung der Gewerkschaften, Todesstrafe für Streiks und Beseitigung der politischen Meinungsfreiheit in der Öffentlichkeit.

Diese Verlautbarungen im Verfassungswert der NS. im November 1923 zeigen wohl auch den Glaubenssieg, was zu erwarten ist, wenn diese Bewegung die Macht im Staate erringen könnte. Beseitigung aller Menschenrechte wäre die Folge.

Um die Gemeingefährlichkeit der NS.

noch besser zu beweisen, ist es gar nicht notwendig, bis in das Jahr 1923 zurückzukehren. Erst die letzten Wochen haben soviel an Beweismaterial für die Propaganda für den Umsturz satzungsgemäß herbeigeführt, daß diese jungen Leute vollumfänglich wissen, um das staatsfeindliche Treiben der NS. zu kennzeichnen. Ich erinnere hiermit an die Aushebung der nationalsozialistischen Bänder auf Gut Tschelwitz bei Breslau, wo auf dem Gut eines Herrn v. Delfen 350 völlig militärisch ausgerüstete NS. ausgehoben worden sind. Auch der Vorgang in Mannheim, wo die NS. eine durch die Straßen marschierende Kolonne junger Reichsbannerleute überfiel und mit Steinhewern schwer verletzten, ist ein Beweis für das Banditentum nationalsozialistischer Kreise. Die Entlassung der Täter als bereits wegen anderer Missetaten verurteilten Personen lieferte auch den Beweis dafür, daß

Leute aus den Reichsbannerkreisen Unterlauf bei den NS gefunden haben.

Auch der Vorgang beim badischen Beobachter in Karlsruhe zeigt den bandenmäßigen Charakter der uniformierten NS. Herr Abg. Wagner hat nun versucht, aus Vertheim den Beweis her zu erbringen, daß dort das Reichsbanner Gewalttätigkeiten verübt habe. Dabei ist doch bekannt, daß sowohl in Vertheim wie im badischen Hinterland die NS. geradezu der Schrecken der Landstriche sind. Eine politische Meinung ist jetzt in einzelnen Orten des badischen Hinterlandes nur schwer zu äußern, der nationalsozialistische Terror steht in voller Blüte und auch für den beigezogenen Fall in Vertheim ist das eine sehr hervorsteckende, daß man bei der Untersuchung der Reichsbannerleute durch die Polizei bei denselben keine Waffen gefunden hat, dagegen bei dem ersten NS., der ebenfalls untersucht worden ist, einen Revolver. Das Reichsbanner kam nicht nach Vertheim, um dort Unruhe zu stiften, sondern um eine Verarmung zu stiften, in der der Reichstagsabgeordnete Fritz Ebert referierte. Es war also in Vertheim sowohl, als nur noch unter unorganisiertem Verarmungszustand ein Sozialdemokrat sprechen konnte. Die so festgestellten Terrorakte und militärischen Aufmärsche der NS. billigen in vollem Umfang das Verbot durch das Ministerium des Innern.

Ein weiterer Roman wurde in diese ganze Angelegenheit hineingetragen durch den Antrag der Volksparteier in der Richtung eines allgemeinen Uniformverbotes. Hier scheint aus einem

# Handschuhe von Dietrich stets ein willkommenes Weihnachtsgeschenk!



### Die Gebührensenkung der Reichspost

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost beschäftigte sich in seiner Sitzung mit der Vorlage des Reichspostministeriums über die Senkung verschiedener Gebührensätze. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt.

Die einzelnen Entschlüsse sind im wesentlichen folgende: Die Einföhrung einer Stamm-Einföhrung für Druckfachen und eines 4-Pfennigtarifs für Druckfachen bis 20 Gramm bildet das Hauptstück der Vorlage. Die Gebühren für Postversendungen sollen auf 2 Pfennig erhöht und bei den Paketen von mehr als 10 Kilogramm Gewicht auf 5 bis 10 Kilogramm auf 10 Pfennig herabgesetzt werden. Die Gebühren für ein Paket von 10 Kilogramm würden sich also in der 2. Zone um 50 Pfennig, in weiteren Zonen um je 1 Mark ermäßigen. Bei telegraphischen Versendungen soll die Mindestgebühr auf 2,50 Mark herabgesetzt werden. Die Gebühren für Ferngespräche bei einer Entfernung von 50 bis 100 Kilometern sollen teilweise ermäßigt werden. Bezüglich der telegraphischen Aufträge im Fernverkehr ist eine Ermäßigung um 50 Pfennig für jeden Auftrag beabsichtigt.

Die dringende Telegramme soll nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der gewöhnlichen Telegraphengebühren betragen, der Mindestsatz für ein Brieftelegramm von 1,50 Mark auf 1 Mark herabgesetzt werden.

Die Fernsprechnormung soll sich infolgedessen ändern, als künftig die Gebühr von 8 Mark für Ortsnetze gelten soll, die bis zu 100 Hauptanschlüssen haben. Bis jetzt lag die Grenze bei 300 000 Hauptanschlüssen. Die monatlichen Pauschalgebühren für Auswärtige Fernsprechnormungen, die Gebühren für Anschlußkosten und für Leitungen, die Gebühren für Ferngespräche bei einer Entfernung von 25 bis 50 Kilometer sollen teilweise ermäßigt und dringende Ferngespräche soll nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der Einfachgebühr in Rechnung genommen werden.



**Kapitänleutnant von Müde gegen die Nationalsozialisten**  
Kapitänleutnant Helmuth von Müde, der im Weltkrieg durch seine Kreuzfahrten mit der „Emden“ berühmt wurde. Von heute ein scharfer Gegner der Nazis, war früher selbst Führer in der nationalsozialistischen Bewegung in Sachsen tätig.

### Russische Reiseindrücke

**Vanderveelde über den Fünfjahresplan**

Der belgische Sozialist Vanderveelde veröffentlicht in der Wochenschrift „Der Europäer“ einen interessanten Artikel über seine Reiseindrücke in Rußland. Vergleiche man das Moskau von 1922



**Dictator Stalin**

mit dem heutigen Stadtbild, so erklärt Vanderveelde, so solle vor allem die „ungeheure Heberhabe und wirklich eindrucksvolle Anstrengung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues“ auf Moskau als einem einzigen ungeheuren Bauwerk mit seinen neuen Straßen und Siedlungen und mit seinen unerwartlich anmutenden, höchst modernen Industrieanlagen. Der Fünfjahresplan sei doch mehr als eine theoretische Konstruktion, mehr als Bluff. Es stelle die große, mit eiserner Faust durchgeführte Bemühung dar, Rußland zu einem modernen Industriestaat zu entwickeln.

Vanderveelde fährt dann fort: Allerdings habe dieser Fünfjahresplan seine großen Schattenseiten. Seine Finanzierung erfolge durch das Dumping, durch unerträgliche Steuern, durch offene oder verhüllte Inflation. Von einer eigentlichen Hungersnot sei zwar nicht zu sprechen, aber manche Lebensmittel, wie namentlich Butter, Eier und Milch, seien sehr knapp und die übrigen kosteten drei- bis viermal so viel als im übrigen Europa. Der Sowjetbürger müsse sich also für mehrere Jahre noch „den Schmachtreiben auf's Schärfste anziehen in der Hoffnung, daß er sich dadurch für später ein besseres Dasein verdient“. Dazu komme auch, daß die Genossenschaften, die dem Arbeiter die notwendigen Nahrungsmittel zuführen, nur sehr schlecht organisiert zu sein scheinen.

Alles in allem sei also zu sagen, daß die Lebensbedingungen des russischen Proletariats tief, sehr tief unter denen stünden, die die europäischen Arbeiter überhaupt noch für erträglich hielten. Es sei daher die große Frage, ob die russischen Arbeiter und Bauern dieses Regime der Entbehrung und des Zwanges auf die Dauer aushalten könnten. Scheiterte aber der Fünfjahresplan, so meint Vanderveelde, dann wäre dies eine Katastrophe für den Weltfrieden, denn der Mangel an Nahrungsmitteln in Rußland die schärfste Reaktion ans Rußland bringen. Gelingen er aber auch nur teilweise, dann könnten die russischen Arbeiter die nötige Kraft gewinnen, um sich von diesem Regime, das keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei, zu befreien. Es wäre also falsch, wenn man gerade jetzt wieder Rußland mit einem Stachelstachel einzäunen wollte. Im Gegenteil, man müsse dem leidenden und

darbenden russischen Volk zu Hilfe kommen, denn es habe noch ungeheure Anstrengungen zu machen, um ein wirklich freies Volk zu werden.

### Briand über seine auswärtige Politik

Paris, 18. Dez. Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie erklärte gestern abend Briand über seine auswärtige Politik u. a. trotz aller Angriffe gegen ihn werde er seine Politik weiter verfolgen. Er sei sich darüber klar geworden, daß die ungeheure Mehrheit des Landes mit ihm gehe. Frankreich wüßte niemanden anzugreifen, es wolle den Frieden. Aber trotz dieses Wunsches müsse es alles tun, um niemals in seiner Existenz bedroht zu werden. Man müsse das Notwendige unternehmen, damit in der Abrüstungsfrage z. B. die ehrlich gesinnten Nationen nicht das Opfer der unehelichen sein würden, damit auch der Völkerverbund an moralischer und physischer Kraft zunehme. Man habe nach Sanktionen gefragt. Solche gebe es zwar nicht, aber immerhin eine moralische Sanktion, und diese hätten bei den Völkern trotz allem Wert. Weil sie die moralische Kraft außeracht ließen, hätten die Führer eines großen Volkes dieses einem tragischen Schicksal entgegengeführt.

### Preußens Lehrer fordern Schulpflicht-Verlängerung

Die Organisation der preussischen Volksschullehrer (Preussischer Lehrerverein, Katholischer Lehrerverband, Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, Preussischer Kellnerverein, Verband deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnenvereine) haben sich in einer gemeinsamen Entschließung für Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr für Stadt und Land ausgesprochen. Das neue Schulpflicht, so lautet die Entschließung, müsse aus erzieherischen und finanziellen Gründen einen Bestandteil der Volksschule bilden. Seine Aufgabe sei Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung, um die Jugendlichen dazu zu führen, ihre spätere Lebens- und Berufsaufgabe besser zu erfüllen. Die Arbeit müsse stärker als in den bestehenden Volksschuljahren auf eine Schulung praktischer Begabung und technischer Fähigkeiten gerichtet sein, wozu auch geeignete Kräfte anderer Lehrgruppen herangezogen werden müßten.

### Der Hitlerdank

Ein Münchener Bankier namens Paul M. Simon fuhr Anfang August im Auto von München nach Passau. Unterwegs stieß er auf zwei junge Leute, die ihm erzählten, sie wanderten von München nach Wien, seien Schüler des Wiener Schottengymnasiums und baten ihn, sie eine Stunde im Auto mitzunehmen, da ihnen das Reisegeld ausgegangen sei. Der Münchener Bankier fuhr die beiden Jungen von Landsbut nach Passau und spendierte ihnen in Passau noch ein Mittagessen.

Zum Danke dafür erhielt er am 1. Oktober die folgende Postkarte:

„Gedachter Herr Simon! Trotzdem ich Ihr russischer Gegner bin, zwingt mich meine gesellschaftliche Stellung, Ihnen für die wunderbare Autofahrt nach Passau im August und für das gute Diner in Passau zu danken, jedoch als Nazi helfe und verfluche ich Sie. Heil Hitler! Kurt Günther.“

Der wahre Hitlerdank wird nach dem Vorbild seines Betrus und Meisters künftig weidlich über die Juden schimpfen, die die Arier bedrücken und ausbeuten.



**2 Groschen für Ata-**  
**ein strahlendes Heim**

Für nur 20 Pfennig erhalten Sie die praktische und im Gebrauch so sparsame Ata-Streufflasche. Für nur 20 Pfennig haben Sie ein strahlendes Heim, wenn Sie das vortreffliche Ata zum Putzen und Scheuern verwenden. Was es auch sei, Holz, Glas, Stein oder Metall, allem Hausrat gibt Ata ohne große Mühe appetitliche Sauberkeit und einladende Frische.

Nehmen Sie Ata, die geld- und zeitsparende Küchenhilfe!

**ATA** Henkel's Putz- und Scheuerpulver  
putzt und scheuert alles  
Hergestellt in den Persilwerken

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

# Der Totenkampf der Freiheit

Von  
Pietro Nenni



## Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag J. S. W. Dietz Nachf., G.m.b.H., Berlin.  
11 (Alle Rechte vorbehalten)

Nach seiner Methode, die darin besteht, sich denen zu beugen, die er nicht zerbrehen kann, hatte Mussolini öffentlich der Monarchie seine Huldigung dargebracht in der am 20. September in Udine gehaltenen Rede. In nachfolgenden Erklärungen hatte er sich weiter Mühe gegeben, nicht nur den König und die Hofkapelle, sondern auch die Armee und die Bürokratie über seine Haltung zum Königtum zu beruhigen. Man hatte ihm die Worte des Generals Badoglio, des Chefs des Generalstabs, hinterbracht: „Fünf Minuten Feuer, und man hört nie mehr vom Faschismus reden.“ Er antwortete darauf in seiner Zeitung, indem er auf das Grauenhafte eines Konflikts unter Patrioten hinwies. Uebrigens gab es auch im Heere und sogar bei Hofe eifrige Parteigänger des Faschismus. Unter ihnen der Herzog von Aosta, den Vetter des Königs, der bei der Machtergreifung des Faschismus eine große Rolle gespielt hat.

Indirekte Verhandlungen zwischen Giolitti und Mussolini, bei denen der Präsekt von Mailand der Vermittler spielte, und die die Bildung eines nationalen Kabinetts zum Ziele hatten, waren auf Veranlassung, wenn nicht des Königs, so doch des Hofes angeknüpft worden. Es kam nicht zu einem Einverständnis, weil man sich über die Einzelheiten bei der Vergebung der Ministerportefeuilles nicht einigen konnte. Mussolini selbst gab dies in der Rede bekannt, die er am 25. Oktober in Neapel hielt und mit folgenden Worten schloß: „Man will uns die Regierung nicht geben? Nun gut, dann werden wir sie uns nehmen.“

Als er zwei Tage später erfuhr, daß man in Mailand und Rom intrigierte, um ihm eine konservative Regierung entgegenzustellen, entschloß sich Mussolini zum Marsch auf Rom.

Die Telegramme, die in dieser Nacht aus den Provinzen kamen, waren nicht besonders alarmierend. In Rom war alles ruhig. Nur aus Cremona wurde ein Konflikt gemeldet. Dagegen hatten die Faschisten in Bologna und in Toscana ohne einen einzigen Schuß die Befehle ihres „Quadrupvirats“ ausgeführt und die öffentlichen Gebäude und die Bahnhöfe besetzt. Die faschistischen Truppen waren in Perugia zusammengezogen, wo sich das faschistische Hauptquartier befand, dem außer den Agitatoren Bianchi, Balbo und de Vecchi, ein aktiver Offizier des Heeres, der General de Bono, angehörte.

Inzwischen tagte die zurückgetretene Regierung, die von den Ereignissen überrumpelt war, im Ministerium des Innern.

In den großen Städten Oberitaliens erfolgte die Mobilisierung der Schwarzhemden fast im geheimen. Es wurde keinerlei Versuch gemacht, sich der Straße zu bemächtigen oder Demonstrationen zu veranstalten.

Der Morgen des 28. Oktobers zog kalt und grau herauf, als ich den „Avanti“ verließ, um einen Spaziergang zu machen. Schon hatten die ersten Ausgaben der Zeitung die Nachrichten der vorigen Nacht verbreitet. Der „Corriere della Sera“, der zwei Jahre hindurch den Faschisten gegen die Sozialisten die Stange gehalten hatte, nahm plötzlich in entscheidender Weise gegen den geplanten Gewaltstreik Stellung. In den Kaffees, wo viele Arbeiter auf dem Wege in die Fabrik haltmachten, wurden die Ereignisse lebhaft kommentiert.

Vor den Betrieben standen die Arbeiter in Gruppen. Um den militärisch besetzten Bahnhof lungerten Faschisten. Die Präsektur war sehr offenkundig von Soldaten besetzt. Polizeiploßten befanden sich an den wichtigsten Kreuzungspunkten. Um die Redaktion der „Popolo d'Italia“, wo sich Mussolini aufhielt, war ein sehr distreter Militärordon gezogen. Der Faschistenführer hatte in der Nacht versucht, das 11. Regiment der Bersaglieri zur Meuterei zu bringen. Anstatt ihn zu verhaften, hatte man ihn an die Luft gesetzt.

Die Großindustrie und die Bank traten ganz offen für den Staatsstreik ein. Man hatte Mussolini zwanzig Millionen Lire zur Verfügung gestellt, um den Marsch auf Rom zu finanzieren. Die Börse war für die Diktatur.

Dagegen ließ die Präsektur durchblicken, daß die Regierung gewillt wäre, durch schnelles und entscheidendes Vorgehen im Lande Ordnung zu machen. In der Tat wurde gegen zehn Uhr morgens ein Aufruf der Regierung angeschlagen, der sehr energisch gehalten war. Es hieß darin:

„Gegenüber aufständischen Versuchen hat die zurückgetretene Regierung die Pflicht, mit allen Mitteln und um jeden Preis die öffentliche Ordnung zu sichern. Und sie wird diese Pflicht voll und ganz erfüllen, um das Leben der Bürger und die freien Institutionen der Verfassung sicherzustellen.“

Wir erwarten, daß die Bürger sich ruhig verhalten und den Maßnahmen vertrauen, die angeordnet sind.

Es lebe Italien! Es lebe der König!  
Unterzeichnet: Facta, Schanzer, Amendola, Taddei, Alessio, Bertone, Soleri, de Vito, Anile, Riccio, Bertini, Rossi, dello Starba, Pulci, Luciani.“

Im Laufe des Nachmittags bestätigte ein offizielles Kommuniqué die Absicht der Regierung, die öffentliche Ordnung und die Verfassung zu verteidigen. „Der Ministerrat“, hieß es darin, „hat beschlossen, in allen Provinzen des Königreichs von heute zwölf Uhr mittag des 28. Oktober an den Belagerungszustand zu proklamieren. Seit heute nacht tagt der Ministerrat ununterbrochen im Palast des Viminal zur Erteilung der notwendigen Befehle.“

Kurze Zeit darauf wurden die strategischen Punkte der Stadt militärisch besetzt. An den wichtigen Straßenkreuzungen wurden Maschinengewehre aufgestellt.

Die Faschisten und ihre Anhänger waren erschreckt und verblüfft. Mussolini wußte sehr wohl, daß im Falle des Zusammenstoßes die große Mehrheit der Bevölkerung mit dem Heere

gemeinsame Sache gegen die Schwarzhemden machen würde. Er büßte damals sein Spiel für verloren gehalten haben. Schon brachten seine Freunde beunruhigende Gerüchte in Umlauf und bestärkten die Beruhigung Salandras. Da erfassten eine neue Bekanntmachung der Präsektur, die alle faschistischen Herzen erleichterte und ihnen ihre Begeisterung zurückgab. Die Proklamierung des Belagerungszustandes war widerrufen worden. Was ging nur in Rom vor?

### 17. Die Treulosigkeit der Monarchie

In Rom ging folgendes vor:  
Zwischen der Verfassung und denen, die die Verfassung verneinten, zwischen dem Parlament und dem Aufstand, zwischen der Regierung, die schwach sein mochte, aber die einzige legitime Regierung war, und der Meuterei wählte Viktor Emanuel III., „von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes“ König von Italien, die Verneiner der Konstitution, den Aufstand und die Meuterei.

Als man in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober dem Ministerpräsidenten Facta mitteilte, daß Mussolini die Fahne der Revolte aufgepflanzt hatte, fiel der biedere Mann aus allen Wolken. Welches Besch! Endlich war er von der Regierung zurückgetreten, und gerade in diesem Augenblick der Erleichterung mußte er es mit Ereignissen aufnehmen, die größer waren als er. Er berief den Ministerrat, der zum größten Teil aus Menschen bestand, die wie er selbst sich auf die beste Art aus der Sache ziehen wollten. Nur zwei Minister führten ihren Kollegen die Verantwortlichkeit vor Augen, die auf ihnen lastete. Das waren Amendola, den das Zufallsfeld der Politik zum Minister der Kolonien gemacht hatte, neben Politikern, die er sicher tief verachtete, und der Minister des Innern, Taddei, der genau wußte, daß seine Karriere auf immer zerstört werde, wenn es ihm nicht gelang, die Ordnung wieder herzustellen.

Auf Grund seiner Auffassung der Pflichten der Regierung und der Pflichten der Krone forderte Amendola, das Ministerium müsse, obwohl es zurückgetreten sei, den Mut haben, den Faschismus als außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären und entsprechend gegen ihn vorzugehen. Der Minister des Innern pflichtete ihm bei, obwohl für ihn weit geringere Sorgen den Ausschlag gaben. Damals wurde der Aufruf erlassen, den wir wiedergegeben haben. Das war der erste Schritt zum Kampf, der in Rom wie in Mailand den Beifall der Politiker und Parlamentarier fand, denn bei aller Freigebigkeit war das Parlament jetzt zu dieser energischen Politik bereit, wenn nicht aus Sorge um seine Würde, so doch wenigstens aus Selbsthaltungstrieb.

Als dem König der Beschluß des Ministeriums mitgeteilt wurde, schien er ihn anzunehmen. Aber es gab bei Hofe zwei Parteien, deren eine glaubte, es sei die erste Pflicht des Königs, unter allen Umständen und gegen jedermann die liberalen Institutionen zu verteidigen, während die andere die Diktatur erstrebte.

In den wenigen Stunden zwischen der Proklamierung des Belagerungszustandes und dem Wiberuf vollzog sich zwischen Viminal und Quirinal, zwischen Regierung und König ein Trauerspiel, das zur Hölle herabfiel.

„Euer Majestät wollen uns die nötige Vollmacht zum Wiederwerfen des Aufstandes geben“, sagte die Regierung, über ihre eigene Kühnheit titierend, zu Viktor Emanuel III.

„Verhüten Sie einen Zusammenstoß zwischen Patrioten, bei dem auf beiden Seiten gerufen wird. Es lebe der König, es lebe das Herr“, antwortete der König.

„Meuterei ist Meuterei, welches immer die Fahne sein möge, die man aufpflanzt. Ein Zusammenstoß kann nur vermieden werden um den Preis der völligen Abdankung des Staates“, bemerkte die Logik Amendolas.

„Mein Vetter, der Herzog von Aosta, behauptet, daß die Meuterei aufgehört habe, Meuterei zu sein, wenn sie die Verteidigung des Königs und die Wiederherstellung der Ordnung zum Zweck hat.“

„Wir geben Euer Majestät zu bedenken, daß für die Lösung einer solchen Krise die Krone den Hinweis des Parlaments und der Regierung folgen muß. Wo die verantwortliche und legitime Gewalt durch illegitime Gewalt verdrängt wird, liegt eine Verletzung der Verfassung vor. Die Geschichte lehrt, daß sich derartige Verletzungen rächen“, antwortete dieselbe Logik, die der Ehre und der Selbstachtung der Institutionen das Wort rebete.

Aber der König ließ sich von praktischen Rücksichten leiten. Als man ihm also das Dekret zur Proklamierung des Belagerungszustandes zur Unterschrift unterbreitete, weigerte er sich, es zu unterzeichnen.

Und damit war dem Faschismus der Weg geöffnet. Die Monarchie war wieder einmal zum Verräter geworden, und die Reaktion in Mailand triumphierte.

Als Mussolini in Mailand die Depesche des Königs erhielt, die ihn mit der Bildung des neuen Ministeriums betraute, konnte er die Tränen nicht zurückhalten. Er hatte am Rande eines Abgrundes gestanden. Aus dem Führer aufrührerischer Banden machte ihn der König zum Regierungsoberhaupt. Er sagte zu seinem Bruder, als er ihm die Depesche zeigte, im Dialekt seines Dorfes: „Wenn unser Vater das erlebt hätte!“

Das war ein menschliches Wort und schön, wie alles, was menschlich ist, aber leider hatte Napoleon schon dieselben Worte gesagt, an dem Tage, als ihn der Papst in Notre Dame zum Kaiser krönte. . . . Jetzt begann die Post, in der Mussolini den Napoleon spielte. . . .

Am Abend des 29. Oktober fuhr Mussolini im Zuge nach Rom; zwei Tage später besetzten die Schwarzhemden unter dem Ballon des Quirinals und jubelten dem König zu, als dem authentischen Urheber des Staatsstreiks.

Verschiedene Episoden tauchen vor mir auf. Am Abend des 25. Oktober war der sozialistische Parteivorstand in Mailand

zusammgetreten in den vermüllten Räumen des Anonimo. Man diskutierte darüber, ob man Delegierte zum vierten Kongreß nach Moskau schicken sollte, um dort die Sache der Partei zu vertreten, die aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen war. Diese Frage schien die allerwichtigste. Da ich die Depeschen erhalten hatte, die über die faschistische Manifestation in Neapel und über Mussolinis Rede berichteten, über seine Androhung des Marsches auf Rom, legte ich sie den Genossen vor und wies auf den großen Charakter der Lage hin. Sie lachten, und am Abend des 26. reisten unsere Delegierten, unter ihnen Serrati, nach Moskau ab. . . .

Fast gleichzeitig machte ein Journalist dem Minister des Innern, dem früheren Präsekt Taddei, Vorstellungen über den Ernst der Lage. Dieser Minister galt für einen Mann von eiserner Faust, und man hatte ihn aus seiner Beamtenlaufbahn an die Spitze des Ministeriums des Innern gestellt, damit er der faschistischen Drohung Weisheit würde. Er hörte dem Journalisten an und schien ihn wegen seiner Aufregung demütigend: „Hundert Verhaftungen, die man im richtigen Moment vornimmt, genügen, um mit dem ganzen Faschismus aufzuräumen. . . .“

Wenige Tage früher hatte General Badoglio, der Chef des Generalstabs, als man ihn über die seelische Verfassung des Heeres befragt hatte, zur Antwort gegeben:

„Das Heer wünscht keinen Konflikt mit den Faschisten. Wenn diese aber vom Wege der Gesetzlichkeit abgehen sollten, so übernehme ich es, die Ordnung im Handumdrehen wieder herzustellen. Fünf Minuten Feuer, und die Sache ist in Ordnung. . . .“

Am Abend des 29. Oktober, während Mussolini nach Rom reiste, einer offiziellen Aufforderung des Königs Folge leistend, war ich selbst Zeuge einer merkwürdigen Szene. Behörden hatten sich zum erstenmal um die Verteidigung des Avanti gekümmert und hatten zu diesem Zweck vor das Redaktionslokal in der Via Settala Polizisten und ein Maschinengewehr geschickt. Um acht Uhr abends erschien ein faschistisches Bando, um die Redaktionsräume und die Druckerei noch einmal zu verwüsten und sich für die Verletzung zu rächen, die ich dem Mussolinischen Befehl, die Veröffentlichung einzustellen, entgegengesetzt hatte. Zu meiner größten Überraschung ließ nun der Kommandant der Polizei die Maschinengewehre in Funktion treten. Die äußerste äußerste faschistische Kolonne, die vollständig bewaffnet war und mehrere Maschinengewehre besaß, stieß auseinander, mehrere Toten und mehrere Verwundete zurücklassend.

So hat das oft grausame und ironische Schicksal es gemeint, daß der allerletzte energische Akt, zu dem sich ein sterbendes Regime aufraffte, für die Verteidigung einer proletarischen Zeitung ausgeführt werden sollte!

Aber es war nur ein Irrtum gewesen, und in der Nacht

lebten die faschistischen Banden den Avanti! . . .  
Was ist der tiefere Sinn dieser Episoden? Was haben wir aus ihnen zu lernen? Meine Genossen vom Parteivorstand, der Minister des Innern, die Parlamentarier, der Generalstab — waren das alle Blödsinnige, daß sie einen so artigen Fehler bei der Abschätzung des Faschismus am Abend des Marsches auf Rom begehen konnten?

Durchaus nicht. Mag man inmerhin jenem Optimismus der seine Wünsche mit der Wirklichkeit verwechselt, einen Verrat der Schuld zusprechen. Aber man darf nicht vergessen, daß ohne den Verrat des Königs an der Verfassung der Faschismus nie und nimmer seinen Marsch auf Rom durchgezogen hätte.

Im Lichte dieser Erkenntnis gewinnen die Ereignisse eine klare Umrisse.

Am Abend des 30. Oktobers 1922 legte Mussolini, der am Morgen ganz prolaisch im Schlafwagen in Rom eintraf, dem König die Urkte des neuen Ministeriums vor. Handumdrehen hatte man die Sache gemacht. Der Führer der Schwarzhemden hatte in weniger als vierundzwanzig Stunden so viel Mitarbeiter gefunden, als er nur wünschte. General Diaz und Admiral Thaon de Revel übernahmen es, die Minister des Krieges und der Marine den Faschismus vor den Augen des Offizierskorps zu rehabilitieren. Die logischen Vertreter des Celario und Carnazza, der konservative Camillo der Demotrat Rossi, die katholischen Volksparteier Camillo und Tangorra nahmen der Befehlsgebung der Regierung durch die Faschisten den Charakter des Staatsstreiks ab. Das Parlament und Verfassung, indem sie neben den Faschisten de Stefani, de Vecchi, Federzoni, Giuriati und Gentile im Ministerium beitraten.

Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Modus gewählte Kammer sollte dann am 16. November mit dreihundertfünfzig gegen hundertfünfzig Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung die Fraktion der katholischen Volkspartei, die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte.

So kam der Verrat des Parlaments zum Verrat der Monarchie. Schließlich gab es nur einen Besiegten: das Proletariat.

Am 31. Oktober folgte die Apotheose der Schwarzhemden: die nach Rom marschiert waren.

Um zwei Uhr nachmittags auf dem Platz des Quirinals, der faschistische Zug defiliert vor dem königlichen Palast. Der König, die Königin, die Prinzen sind auf dem Balkon. An der Spitze des Zuges schreitet Mussolini. Gestern war er noch ein ständischer, heute ist er der Oberhaupt der Regierung.

„Es lebe der König!“

(Fortsetzung folgt.)



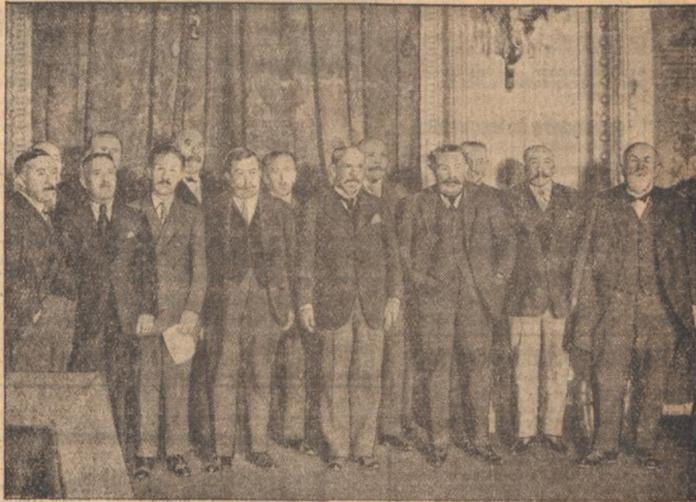
**Solidus-Schuh** Bequem-  
Wander-  
Sport-  
Sport-  
**Ski-Stiefel** Karlsruher  
vom D.S.V. anerkannt  
Amalienstraße 23

# BILDER VOM TAGE



**Tränengas gegen Kommunistendemonstrationen in Amerika**

...scheut sich nicht, Giftgas gegen „innere Feinde“ anzuwenden; wie wird es da erst mit den Waffen gegen „äußere Feinde“ bestellt sein!



**Die neue französische Regierung**

Erste Reihe von links: als Dritter Chaumets (Kultur), Painlevé (Flug), Steeg (Ministerpräsident), Briand (Aussen), Leger (Innen), Chéron (Justiz), zwischen Steeg und Briand Doumergue (Handel).



**Das neue Arbeiter-Klubhaus in Moskau**



**Modellönig Boiret schreibt seine Memoiren**

Paul Boiret, der Pariser Modellönig, der an zwanzig Jahre lang den Frauen der ganzen Welt die Kleidung diktierte, schreibt jetzt seine Memoiren unter dem Titel nieder: „En habillant l'Époque“ (Während ich ein Zeitalter anso).



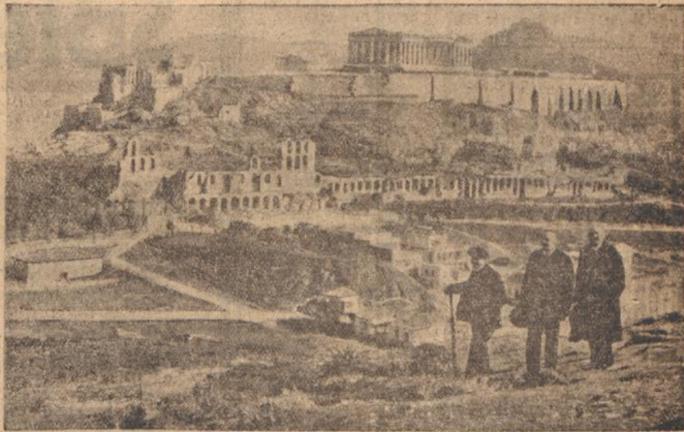
**Das größte Krankenhaus der Welt in Los Angeles**

Der ungeheure Bau, der mit einem Kostenaufwand von 48 Millionen Dollar erbaut wurde, kann 3500 Kranke aufnehmen.



**Trauung im Gefängnis**

Richter Groat (links), der Verurteilte Brown, die junge Frau Brown und eine Zeugin bei der Trauung. — Eine Ehe im Gefängnis geschlossen — gibt es wohl etwas Traurigeres. In Detroit (U.S.A.) fand kürzlich solch eine Gefängnistrauung statt; der neugeborene Mann war zu 10 Jahren Kerker wegen schweren Raubüberfalls verurteilt, 10 Jahre muß die Braut inhaft bleiben, bis sie ihren Gatten im eigenen Heim in die Arme schließen kann.



**Die Akropolis in Einsturzgefahr**

Die Akropolis in Athen, alljährlich das Ziel vieler Tausender von Freunden des klassischen Altertums befindet sich jetzt in einem so baufälligen Zustand, daß ernste Einsturzgefahr vorliegt.



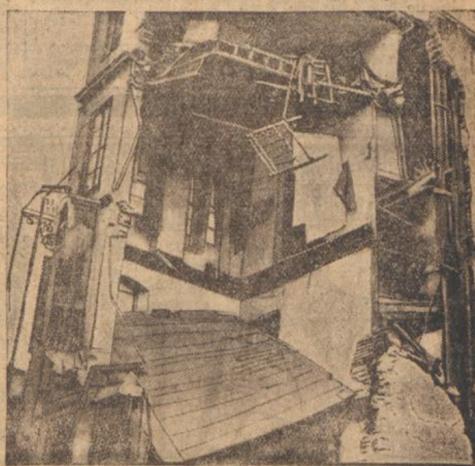
**Tonfilm für Schwerhörige**

...mit Kopfhörern in einem Berliner Tonfilm-Kino. Um auch Schwerhörigen die Möglichkeit zu geben, Tonfilmen zu folgen, hat ein Berliner Kino eine Bank mit besonderen Kopfhörern aufstellen lassen, ähnlich wie sie manche modernen Kirchen besitzen.



**Eine neue Amundsen-Büste**

Road Amundsen, der Held des Nordpols; eine eindrucksvolle Büste von Werther Sevor.



**Ratten bringen ein Haus zum Einsturz**

Wohnhaus in Istanbul nach dem Einsturz. Ein dreistöckiges Wohnhaus stürzte kürzlich in Istanbul ein, wobei 8 Menschen den Tod fanden. Das Gebäude wurde vollkommen von Ratten untergraben.



### Gewerkschaftliches

**Die Verhandlungen in der mittelbadischen Metallindustrie gehen fort**

Vor dem Landeslichter fanden gestern Verhandlungen für die mittelbadische Metallindustrie statt, die jedoch gescheitert sind. Vom 1. Januar ab tritt also ein tarifloser Zustand ein. Für die Metallarbeiter besteht die Pflicht, sich streng an die Weisungen ihrer Organisation zu halten.

**Schiedspruch für das Mannheimer Gastwirtsgerwerbe**

Mannheim, 18. Dez. Gestern beschäftigte sich der Schlichtungsausschuss mit den Anträgen des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes im Mannheimer Gastwirtsgerwerbe. Die Arbeitgeber hatten 20 Prozent Lohnabbau gefordert, die Arbeitnehmer Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Abkommens. Der Schiedspruch lautete auf Weiterbestehen des Tarifvertrags bis 28. Februar 1931.

**Das Abstimmungsergebnis in den Großbanken**

Berlin, 18. Dez. (Eigene Meldung.) Die am Tarifvertrag für das Bankgewerbe beteiligten Arbeitnehmerverbände trafen heute zu einer Sitzung zusammen, um zu dem nummehr vorliegenden Ergebnis der Abstimmung in den Betrieben der Berliner Großbanken einsehend der Reichsverband der Bankangestellten durch die Abstimmung erklärt worden. Die Ablehnung des Schiedspruchs durch die Organisationen ist nahezu einstimmig von allen Bankangestellten gebilligt worden. Auch für etwa notwendige werdende Kampfmaßnahmen hat sich wie versichert wird, die tarifungsgemäß vorgeschriebene Mehrheit der Beschäftigten in allen Betrieben ausgesprochen. Es wird nun dem Ergebnis der am Freitag, 19. d. Mts. stattfindenden Nachverhandlungen abgesehen, inwieweit die Organisationen der Bankangestellten zu Kampfmaßnahmen schreiten.

**Schiedspruch in der Thüringer Metallindustrie**

Erfurt, 18. Dez. Im Lohnstreit der Thüringer Metallindustrie wurde heute nach 17tägiger Verhandlung ein Schiedspruch gefällt, der für die Spinnlöhne der einzelnen Lohngruppen ab 1. Januar 1931 eine Senkung um 6 Prozent vorsieht. Die tariflichen Stundenlöhne für die Verzahnung der Affordollordierdrehmaschinen liegen in der Spitze aller sechs Lohngruppen um 2 Prozent niedriger als die Zeitlöhne. Aufklärungsrat 29. Dezember. Das Abkommen gilt bis auf weiteres und ist erstmalig zum 31. Juni 1931 kündbar.

**Lohnverhandlungen in der Metallindustrie**

Mannheim, 18. Dez. Wie die „Volksstimme“ erzählt, finden am 23. Dezember in Karlsruhe die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie für die Bezirke Mannheim-Ludwigsbafen, Frankenthal, Seckreis und Freiburg statt.

**Schiedspruch für hannoversche Metallindustrie abgelehnt**

Hannover, 18. Dez. Zu dem am 11. cr. von der Schlichterkammer gefällten Schiedspruch der hannoverschen Metallindustrie, der einen 34prozentigen Lohnabbau vorsieht, wurde gestern von der organisierten Metallarbeiterschaft in zwei Versammlungen Stellung genommen. Der Spruch wurde in allgemeiner Abstimmung fast einstimmig abgelehnt.

### Kleine bad. Chronik

**Eine Diebes- und Hehlerbande vor Gericht**

Offenburg, 18. Dez. Gestern fand vor dem Schöffengericht Offenburg die Verhandlung gegen 6 Angeklagte eines Offenburgers Großhandels und einen 10 Landwirte und Handeltreibende der Umgebung Offenburgs statt. Bekanntlich hatten die Angeklagten (Lagerarbeiter und Fuhrleute) nach den Ermittlungen seit dem Jahre 1928 für mindestens rund 10 000 Mark Waren aus dem Lager gestohlen und den Kaufleuten und Landwirten auf ihre Wagen geschafft. Das Gericht verurteilte die Diebe zur Gefängnisstrafe von 7 bis 3 Monaten, die Hehler zu Gefängnisstrafen von 10 bis 2 Monaten. Die Unterjudungsbande wurde voll angezeichnet, soweit die Beteiligten sich in Haft befanden, wurden sie auf freien Fuß gesetzt.

**Bessere Winterverhältnisse im Schwarzwald**

Starker Frost im Gebirge — Oberhalb 1000 Meter gute Eisbahnen an. Vom Schwarzwald, 18. Dez. Kräftigere winterliche Vorstöße auf den Höhen des Schwarzwaldes, die mit seitweiligen mäßigen Schneefällen und härteren Frösten verbunden sind, haben die winterlichen Verhältnisse durchgehend gebessert. Die geschlossene Schneedecke steigt nunmehr über den gesamten Schwarzwald hinweg und erreicht auf den Kammböden des Gebirges eine unterirdische Mächtigkeit von 15—25 Zentimeter, je nach Lage der Gänge und Neereshöhe.

## Busenbach-Brödingen stillgelegt

Man schreibt uns: Nun hat sie ihren Todesstoß — Die Bahnlinie Busenbach-Brödingen nämlich; denn wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Reichsverkehrsminister durch Telegramm Anweisung erteilt, die Bahn ab 2. Januar stillzulegen. Bald werden wir nun wieder die Gelegenheit wahr nehmen müssen, um unter dem Zeitdruck des Postillons zu frühlicher Fahrt uns anzusehen, wenn nicht irgend eine andere Lösung wohl älterer Gründe gehabt haben, die Bahn stillzulegen, ob sie aber auch die Notwendigkeit engerer Verkehrsbeziehungen im Auge behalten haben, kann dies leicht angenommen werden, doch wird man auch am grünen Tisch einsehen müssen, daß die Sache mit der Zeit viel schwieriger wird, wie man sie eigentlich gedacht hat.

Bei Wiedernahme der Strecke durch die Reichspost würde zunächst an die Gemeinden herangetreten werden um sich im voraus einen Garantiefonds zu sichern, der bei evtl. Ausfall der Einnahmen die Verluste einer Kraftpost deckt, somit wären auch die Gemeinden wieder die Leittrogenen, deren Oberhäupter eine andere Verkehrsregelung wünschen. Eritzweilweise erfahren wir aber, daß nur ein „weicher Kase“ dabei sein soll, der in letzten Endes auch noch die gegebenen Fälle der Mehrheit der Gemeindevertretung füllen müßte. Zunächst wäre die Beförderung der Arbeiter im Auge zu behalten, zu deren Bewältigung auf der Strecke Jittersbach-Busenbach doch mindestens 5—6 Omnibusse in Frage kämen. Oder glaubt man viellecht am grünen Tisch, daß man mit einem Wagen auskommen könnte und dann beiseite mit dem Abtransport beginnt, um alle rüstlich zur Arbeitsstelle zu bringen? Die Erziehung von Partes und Auentalsräumen wäre eine Notwendigkeit. Wie sieht es aber mit den Strassenverhältnissen? Ein reibungsloser Verkehr erfordert immer gute Vorbereitungen. In der Zeit bis zum 2. Januar wird man doch dies nicht alles bewältigen wollen, aber will man bis zur definitiven Fertigstellung dieser Maßnahmen die Bewohner der in Betracht kommenden Gemeinden ihrem Schicksal überlassen?

Wenn nicht die an der Erhaltung der Bahn interessierten Kreise schon zur Selbsthilfe gegriffen hätten, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein, würden wir tatsächlich mit vorläufigen Verhältnissen zu rechnen haben. Nun will sich aber erretzweilweise eine Notgemeinschaft bilden. Und wie wir erfahren, soll man auf der Strecke Jittersbach-Brödingen schon so weit sein, mit Stellung eines Garantiefonds der Stadt Forstheim und der beteiligten anderen Gemeinden den Betrieb als Notbetrieb aufrecht erhalten zu können. Es wäre nun auch in den Gemeinden der Strecke Jittersbach-Busenbach Ernst zu machen; denn bis jetzt hat man sich immer noch nicht ernstlich mit dieser Sache befaßt, da man die Aufstellung vertritt, die Frage wird sich immer noch aufschließen bekommen. Zwar hat der Landtag eine Bürgschaft für 100 000 M. übernommen, aber dieses Geld benötigt die Plea um ihren anderen Betrieb aufrecht erhalten zu können. Es wird nun

in den nächsten Tagen Aufgabe der in Betracht kommenden Gemeindevertretungen sein, sich im Gemeindeparlament mit der Entschließung des Reichsverkehrsministeriums zu befassen.

An der Erhaltung der Bahn hat insbesondere auch die Arbeiterschaft großes Interesse. Der Zus. und Abtransport zur Arbeitsstelle ist für sie eine lebenswichtige Frage; denn ihr ist nicht Gelegenheit geboten, private Verkehrsmittel zu benutzen.

Es sei aber auch die Frage aufgeworfen: Was soll mit dem Unterbau der Bahnlinie geschehen? Die Entfernung derselben würde ein Rückschritt bedeuten; denn was man hat, vernichtet man nicht, um in besseren Zeiten unter ungeheuren Aufwänden wieder zu ersetzen. Es wäre also hier die Lösung gegeben, durch Erziehung einer Notgemeinschaft die Bahnlinie zu erhalten. Wie die uns bekanntgemachten Aufstellungen der Kosten der Unterhaltung des Betriebes zeigen, müßte es gelingen den Betrieb fortzuführen. Selbstverständlich mit Einschränkungen. Zunächst würde man sich nur auf zwei Zugpaare festlegen müssen, um wenigstens den Arbeiterverkehr regeln zu können.

Nun käme aber auch bei der Wiedergabe der Bahn an die Notgemeinschaft die vertragliche Festlegung in Frage. Hier müßte natürlich der Kreis unterstehend eingreifen. Da wir wissen, daß die Strecke ein Schmerzenskind bei den Behörden ist und die Behörden darnach trachten, mit diesen sich immer wiederholenden Maßnahmen, wäre eine entschuldigungslose Überlassung mit dem Eigentumsrecht des Kreises zunächst die denkbarste Lösung. Gewiß wird man beim Kreis vielleicht ob dieses Vorstages den Kopf schütteln, aber müge man bedenken, daß es immer noch besser ist, ein Auge auszubringen als immerwährende Zuschüsse bewilligen zu müssen, die in kurzen Fristen wieder aufgebraucht sind. Und letzten Endes muß man sich um irgendeine Verkehrsmöglichkeit bemühen.

Bei Aufrechterhaltung durch die Notgemeinschaft wäre aber auch die Möglichkeit gegeben, die sonst überschüssigen Arbeitskräfte weiter beschäftigen zu können; denn man kann sich nicht denken, daß Behörden Interesse daran haben sollten, den Gemeinden noch mehr Lasten aufzubürden durch Vererbung des Arbeitslosenbeeres. Aufgabe der Gemeindevertretungen müßte es natürlich sein, gerade dieses besonders im Auge zu behalten; denn es darf keinen Eindruck zur Errichtung der Notgemeinschaft nur die Zustimmung ausgeben werden, wenn man weiß, daß die Gemeinden dabei nicht ins Hintertreffen kommen.

Wenn nun am 2. Januar die Strecke stillgelegt wird, hat der Kreis die unbedingte Verpflichtung solange die Linie aufrecht zu erhalten, bis sich die Notgemeinschaft konstituiert hat, d. h. er müßte die Plea, die ja sein Eigentum ist, dazu bringen für die Überlassung des Betriebes weiter zu führen.

Hoffen wir, daß eine adrethliche Lösung gefunden wird um die gelamte Strecke erhalten zu können. Natürlich bis zum 2. Januar nicht alles über Hals und Kopf erledigt werden, deshalb bitte einige Tage Stundung!

terporischen Verhältnisse durchgehend gebessert. Die geschlossene Schneedecke steigt nunmehr über den gesamten Schwarzwald hinweg und erreicht auf den Kammböden des Gebirges eine unterirdische Mächtigkeit von 15—25 Zentimeter, je nach Lage der Gänge und Neereshöhe.

Bei teils nebligem Wetter, teils aufsteigendem Himmel und trockenem Froste, sowie raschem Barometeranstieg, hat sich die Kälte im Laufe des Mittwochs auf minus 9 Grad in den obersten Bergzonen gesteigert, ihre Verwirrung ist aber auch in mittleren und tieferen Geländen beträchtlich, so daß jetzt wirkliche „Wintertage“ mit Maxima von unter Null Grad untertags festzustellen sind. In den Bergeshöhern und Tälern haben Boden- und Hochnebel prächtige Raubreifbildungen geschaffen.

Durchschnittlich beträgt die Kälte am Mittwoch 4—6 Grad im Schwarzwald; Schnee ist nur mehr ganz vereinzelt in geringen Mengen gefallen. Die Str. und Rodelbahnen sind im Nordschwarzwald hauptsächlich auf den Murgalhöhen (Sohlo, Rubelstein, Schiffslof, Jullucht) benutzbar, wenn auch die Schneelage infolge Senken des Pulverischnees mit 5—15 Zentimeter Mächtigkeit als noch recht dürtig zu bezeichnen ist. Im Babener Höhengebiet verzeichnet das Bundesgebiet mit Hochlof und Ohlenlof, Dornisgrinde mit Unterfimal und Mummelsee bei 10—12 Zentimeter Schneelage brauchbare Sportbahnen. Weiterer Schneewuchs wäre natürlich erwünscht.

Sehr gute Eisbahnen werden aus dem südlichen Schwarzwaldbereich gemeldet. Rinas um den Feldberg lagern 25—28 Zentimeter guter Pulverischnee; am Herzogenhorn, an der Grafen-

matte, auf den südlich davon gelegenen hohen Bergen, wie Schiehorn, Silberberg, Stübchenwien und Weiden weisen die breiten Bahnen und Waldwege ca. 25—30 Zentimeter Schnee auf, der zum Skilauf günstig und ausreichend ist. Die Dreieisenbahn bei Baben zeigt zahlreiche Skiläufer auf die Höhen; die dicke Schneedecke beginnt oberhalb Färental und Mitalshöhen, während tiefer Berggebiete und Hochalpe nur mäßigen Schneefall mit 4—12 Zentimeter Höhe melden.

### Tageskalender der Soz. Partei Karlsruhe

- Bezirk Weststadt**
- Die Flugblätter können ab heute abend bei den Genossen Müller, Grenzstr. 2, Wolf, Büschstr. 20, Mauer, Dorfstr. 19, in Empfang genommen werden.
- Bezirk Mittel- und Südweststadt**
- Die Genossinnen und Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß es gilt, etliche Arbeit zu leisten. Findet euch heute reiflos am Samstag, ab 3 Uhr nachmittags, im Gambernraum zur Entgegennahme der Flugblätter.
- Zwecks einer wichtigen Besprechung werden die Parteien der Mitglieder gebeten, spätestens bis halb 5 Uhr zu erscheinen, ebenfalls Samstag abend.
- Bezirk Oststadt**
- Die Distriktsführer und Straßenobleute werden gebeten, Samstag nachmittags 5 Uhr im „Brennbohushof“ die Flugblätter im Empfang zu nehmen.
- Bezirk Altstadt**
- Die Flugblattausgabe findet am Samstag, den 20. d. Mts. von 4 und 5 Uhr im „König von Württemberg“ statt.
- Bezirk Neustadt**
- Heute Freitag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der „Krone“ eine Parteiversammlung statt. Es sind wichtige Punkte zu erledigen und wird erwartet, daß sämtliche Genossen erscheinen.
- Auch Volksfreundleser sind willkommen!

## Flugblattverbreitung

Genossinnen und Genossen! Arbeiterpartei! Arbeiterjugend! Insbesondere Arbeiterjugend! Meldet euch zur Entgegennahme des Materials bei den Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten bei den Bezirksobleuten!

Das Parteisekretariat.

**Weihnachts-Geld-Lotterie**

zug. d. Wiederherst. der Nikolaikirche Heilbronn B. Ziehung unweiderruffl. garant. 23. Dez. 2882 Gew. und 1 Prämie

15000  
6000  
5000  
1000

Höchst- und niedrigste Lospreise 1 RM. Porto und Liste 30 Pf. extra empfindlich

**Überzieher**

für schlanke Figur, billig zu verkaufen. St. Gevorf. Günterstr. 24, IV. 3 1450

**Fräz., Umsting-, Gehrod-Anzüge**

herleibt 157. Preis 4 Red. Gartenstr. 7

**Wollen Sie Geld sparen**

dann decken Sie Ihren Bedarf bei

**Carl Schäuble, Bruchsal**

Hoheneggerplatz 6, Telefon 2778

Damen- und Herrenkleiderstoffe, Baumwollwaren, Aussteuerartikel, Anfertigung kompletter Aussteuer, Damen- und Herrenwäsche, Trikotasen, Strumpfwaren gestricelte Damen-, Herren- und Kinderkleidung, Teppiche, Bettfedern u. Daun, Anfertigung feiner Herrenkleider nach Maß, Konfektion, Bad-, Artikel, Blaue Arbeitsanzüge, Windjacken.

Verlangen Sie persönlichen Besuch oder bemustertes Angebot. 2166

**Grammophonmechaniker**

macht Reparaturen billigt u. Ersatzteile

Soldinger, Ruppurrer Straße 8

**Uhren u. Goldwaren**

konkurrenzlos billig nur im Sonder-Verkauf bei Uhrmacher M. Engelberg Kaiserstraße 23 neb. Hot. Excels.

Bei Alt. Silberl. Ehepaar großes, leeres Zimmer mit Kochge. sofort ab. hat zu verm. Auf dem Weg 15 B. D. Gardstr. 23145

Sonderverkauf: Rindohr 300 com mit Goldschorn und Licht. Zhp 29, für 300 M. Anzahl Sonntag 3u. er. am. Nr. 7088 im Selbstvertrieb

Die beliebte Mama-Laufpuppe von 1.25 an

Puppen-Klinik Frida Schmidt Kaiserstraße 100

Empfehle in bester Ausführung und zu er Qualität

Chaiselongue, Bettchaiselongue, Sofa, Couches Matratzen aller Art

Erstes Spezial-Geschäft für Club- und Ledermöbel — Keine Stapelware

Auf Weihnacht-Bestellungen 10% Rabatt

**Erwin Schuchardt**

Polstergeschäft

Ettlingen, Bulcher Straße 1

Karlsruhe-Kuppur, Rastatterstr. 40

2183

**Rastatt**

Elegante Ulster Paletots sowie Ski-Anzüge

Das billigste und prakt. Geschenk ist

**Hilbert-Kleidung**

Niederlage, T. Kaapp RASTATT, Bahnhofstr.

**Zu weit abgebauten Weihnachts-Preisen**

empfehle

Elegante Herren-Mäntel und Anzüge

Preislagen: Mark 32.- 36.- 42.- 48.- 55.- 65.- 75.- 85.- und höher

Jünglings- u. Knabengrößen entsprechend billiger

Konfektionshaus

**Hansa** Inh.: L. Wolf

Karlsruhe, Kaiserstr. 50

Abkommen der Badischen Beamtenbank

**Dem Herrn eine gute Rasterausführung**

Täglich wird er sich beim Rasieren dankbar ihrer erinnern. Große Auswahl in bester Qualität. Besten Preiswert beim Kaufmann:

**Kratz** Solinger Spezialist Waldstr. 41, gegenüber d. Hofapoth.

**WARUM**

muß Deine Frau zu Firmen laufen, die aus Verknennung der Bedeutung Deiner Zeitung nicht bei uns inserieren. Überzeuge Du vor allem Deine Frau und Deine Kinder, daß der Inserent in Deiner Zeitung den Vorrang haben muß gegenüber denen, die nur bürgerlichen Blättern Inserate zuführen.

## Aus dem Gerichtssaal

### Der Plantagen-Generaldirektor

Im Karlsruhe, 17. Dez. Einem gewissenlosen Betrüger ist ein hiesiger Stadtamtsrat in die Hände gefallen. Er lernte im Frühjahr vorigen Jahres den 42 Jahre alten vordem Kaufmann Karl Reidel aus Würzburg und dessen angebliche Frau kennen. Er gab sich als Generaldirektor einer französisch-belgischen Plantagen-Gesellschaft aus, lud den Stadtamtsrat zu Autofahrten ein und warf ihm Hunderttausenden in die Luft, so daß er den Eindruck erweckte, ein wohlhabender Mann zu sein. Er ließ durchblicken, daß er ein Monatsgehalt von 2000 Mark bezog. Schließlich erbot er sich, dem Stadtamtsrat ein Grundstück in der Nähe von Würzburg zu verkaufen. Er ließ sich eine Kaution von 5000 Mark geben für die Reisekosten und zur Beschaffung der Autokennzeichen in Würzburg. Der Betrag sollte in Paris eingezahlt werden. In den nächsten Tagen schon wollte er nach Würzburg und Brüssel fahren, um dort die letzten Verhandlungen zu führen und die Einstellung des Schwiegererbes perfekt zu machen. Der Stadtamtsrat fuhr er jedoch nach Würzburg. Das Geld wurde nicht, wie versprochen in Paris, sondern verwendet in Würzburg. Er ließ sich am 1. Dezember 1934 in Würzburg ein Teil für sich, zum Teil für seine Frau, in Höhe von 5000 Mark und Homburg. Nach zehn Tagen tauchte er wieder auf, um den Betrag von 400 Mark anzunehmen. Er machte ihm vor, sein Bruder hätte verheiratet einen größeren, für ihn bestimmten Betrag statt nach Karlsruhe, nach Brüssel gefahren. Es steht fest, daß K. tatsächlich in Brüssel Verhandlungen wegen der Bildung einer Plantagen-Gesellschaft anknüpfen wollte; jedoch ist die Gründung der Gesellschaft nie gekommen. Er selbst ist offenbar ebenfalls betrogen worden und verlor dabei eine Einlage von 5000 Mark.

Seinem Schriftsteller gegenüber operierte er mit den gleichen Versprechungen. Insbesondere behauptete er, die Plantagen-Gesellschaft sei bereits gegründet. So versand er es, ihn für die Reise zu interessieren; der Schriftsteller ließ auf den Schwindler herein und stellte einen Betrag von 3000 Mark als Sicherheit zur Verfügung. In weiteren Fällen versuchte er Leute, die in Zeitschriftenartigen Betreibungen an gutheißen Unternehmen suchten, mit seiner Plantagen-Gesellschaft bereinzulegen; er versuchte, Stellungen mit 1000 Mark Monatsgehalt gegen Stellung in Würzburg in Höhe von 3000 Mark; bei diesen Leuten hatte der Betrüger kein Glück, weil sie seinem Schwindler keinen Glauben schenken wollten. Wegen fortgesetzten Betrugs hatte sich K. jetzt vor dem Karlsruher Schöffengericht zu verantworten. Außer den oben erwähnten betrügerischen Machenschaften werden ihm noch zwei Fälle wegen Betrugs zur Last gelegt. Er hat zwei Frauen in Hamburg und Nürnberg, mit denen er Verhältnisse anknüpfte, die Ehe verprochen und dadurch erreicht, daß sie ihm große Beträge zur Verfügung stellten. — Nach der sehr ausgedehnten Beweisaufnahme, die sich bis in die Abendstunden hinzog, beantragte Staatsanwalt Julek gegen den Angeklagten, den er in den verschiedenen Anklagepunkten für überführt erachtete, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre neun Monaten. — Das Schöffengericht verurteilte Reidel wegen vollendeten Betrugs in drei Fällen zu einer Gesamtschließungsstrafe von einem Jahre einem Monat unter Zurechnung von sechs Monaten Untersuchungszeit.

### Reisendes Schwindler-Trio

Im Karlsruhe, 17. Dez. Ein lauberes Kleeblatt stierte die Anklagebank des Schöffengerichts: der 23 Jahre alte vordem Mechaniker Georg S. aus Solzheim, der 22 Jahre alte vordem Lanzenier Friedrich B. aus Fellberg (Württ.) und der 21 Jahre alte Mechaniker Walter F. aus Goppinheim. Die Angeklagten sind des Betrugs in rund fünfzig Fällen angeklagt. Sie waren in der Zeit vom 7. bis 30. Juli d. J. in Baden, Württemberg, der Pfalz und Bayern im Auto umher und haben in zahlreichen Orten summt Wärrer um Geldbeträge von insgesamt 500 Mark unter der Vorwand, die Reparatur gleich besorgen zu können, die kein Geld für Benzin und Öl mehr hätten, nicht bekommen. Ueber die erschwundenen Beträge stellten sie Quittungen aus, die sie mit falschen Namen unterschrieben. Die Angeklagten

## Hat Singheimer richtig gehandelt?

In Frankfurt am Main nahmen der SPD-Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Stellung zu dem

### Schiedspruch in der Berliner Metall-Industrie und seine Auswirkungen.

Der große Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses und seine Galerie waren bis auf den letzten Platz besetzt. Reichstagsabgeordneter Metz vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Prof. Dr. Singheimer waren die Redner des Abends.

Metz schilderte den Verlauf dieses großen Kampfes, der in seinem ersten Abschnitt auch unter den schwierigsten Verhältnissen erfolgreich durchgeführt werden konnte. Die Verbindlichkeitsklärung des ersten Schiedspruches unterblieb, der alte Lohn mußte weiter gezahlt werden und Mahregelungen durften nicht stattfinden. Dagegen habe die zweite Schlichtungskommission unter Dr. Brauns, Dr. Jarres und Prof. Dr. Singheimer durchweg enttäuscht. Der 8. November, der Tag des Schiedspruches, sei für die Arbeiter ein schwarzer Tag gewesen. Vor allen Dingen hätte die Einseitigkeit des Schiedspruches durch Singheimer vermeiden werden müssen. Die Bekanntgabe des Schiedspruches habe mit Recht Empörungen und Verbitterungen ausgelöst. Wenn Singheimer auch das Beste gewollt habe, so beruhe seine Entscheidung auf einem fundamentalen Irrtum. Er hätte in der kritischen Stunde der Verhandlung an die Arbeiter appellieren müssen, genau wie auch Herr Dr. Brauns mit der Regierung sich in Verbindung setzte. Singheimer habe als bekannter Interpret des Arbeitsrechtes dem ganzen Schlichtungsprinzip einen schlechten Dienst erwiesen. Seine Tätigkeit in dieser Sache sei falsch gewesen.

geben im wesentlichen den Sachverhalt zu. S. und B. haben wegen der gleichen Verhältnisse bereits mehrmonatige Gefängnisstrafen hinter sich, die auf sie jedoch keine abschreckende Wirkung gehabt haben. Neben Geldstrafen haben sie zahlreiche Wirte, Händler, sowie Tankstelleninhaber betrogen. S. wird außerdem zur Last gelegt, einem Wirt 500 Silbermünzen im Werte von 150 Mark gestohlen zu haben. S. und B. wird ferner zur Last gelegt, daß sie ohne Führerschein fuhren. Der Wagen gehörte S.'s Vater. S. war erst am 26. Juni aus der Strafanstalt Heilsbrunn entlassen worden und tat sich wenige Tage später mit den anderen zu der Betrügerfahrt zusammen. B. schrieb im Gefängnis einen Kaffiber an einen Mitgefangenen; der Kaffiber, der interessante Aufschlüsse gibt, konnte abgelesen werden. Darin gibt B. seine Betrügereien an und erklärt darin auch, daß er nicht aus Not gehandelt habe. Er rechne mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahre zehn Monaten. — Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Diebstahls, sowie Kraftfahrzeugvergehen und zwar S. und B. zu je zehn Monaten Gefängnis, F. zu fünf Wochen Gefängnis. Die Anklagen nahmen die Strafe an.

### Verleitung zum Meineid

Im Karlsruhe, 17. Dez. Der 24 Jahre alte Sattler August Kühn aus Dettigheim war in einem vor dem Amtsgericht Karlsruh anhängigen Unterhaltsprozeß seinerzeit zur Zahlung von Alimenten verurteilt worden. Hiergegen legte er Berufung ein, so daß die Sache vor dem Landgericht Karlsruhe zur Verhandlung kam. Er hatte den 22 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Kühn aus Dettigheim als Zeugen ansetzen. Dessen hatte er vorher 200 Mark versprochen, wenn er unter Eid aussage, daß auch er mit der Kindsmutter in Bestebungen gestanden habe. Wilhelm K. wurde dann als Zeuge vor dem Landgericht Karlsruhe gehört und gab auch, wie ihm von August K. angedeutet worden war, an, daß er schon bei der Kindsmutter gewesen sei. Der Richter merkte jedoch, daß die Aussage verlogen war und nahm von einer Bereidigung Abstand. Jetzt hatten sich August und Wilhelm K. vor dem Karlsruher Schöffengericht wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Das Urteil gegen August Kühn lautete wegen Verbrechens nach

Prof. Dr. Singheimer dankte dafür, daß man ihm Gelegenheit gab, vor den Frankfurter Funktionären seine Haltung zu begründen. Er verteidigte die Lüge der Kommunisten und Nazis, als ob er nur Vollzugsorgan des Willens der Gewerkschaften und der Partei gewesen sei. Er trage für diesen Schiedspruch allein die Verantwortung. Der Schiedspruch wäre auch ohne seinen Namen verbindlich erklärt worden. Durch die zeitliche Verschiebung des Schiedspruches um 2 1/2 Monate wäre der Arbeiterschaft ein Mehr von 3 Millionen Mark anfallen. Er habe in diesen 10 Stunden keine ganze Kammerkraft eingesetzt. Mit den Gewerkschaften habe er keine Verbindung aufgenommen, weil er sie nicht mit Verantwortung belasten wollte.

Die Meinung der Funktionäre ging dahin, daß Prof. Dr. Singheimer nicht Privatperson gewesen sei, sondern Exponent der Gewerkschaften und Partei. Es sei falsch von ihm, wenn er glaube, daß nur er mit der persönlichen Verantwortlichkeit belastet sei. Die Diskussionsredner waren einmütig der Meinung, daß Singheimer seine Unterschrift verlegen müsse, mit der Begründung, daß er die Verantwortung für einen solchen Schiedspruch nicht tragen könne. Den guten Glauben wolle man Singheimer nicht abprechen, er habe aber in tatsächlicher Beziehung einen schweren Fehler begangen.

Von einer Verschärfung wurde Abstand genommen und die Anklage durch die Aussprache als erledigt betrachtet. Die Verurteilung und ihr Verlauf stand auf einem hohen Niveau. Trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung unterstrichen.

Unter starkem Beifall endigte die in jeder Beziehung würdige verlaufene Kundgebung.

§ 159 in Tateinheit mit Anstiftung zum Betrugsversuch auf ein Jahr Zuchthaus, gegen Wilhelm Kühn wegen Betrugsversuchs auf drei Monate Gefängnis.

### Auskünfte der Redaktion

Suber. Der Turm auf der Hornisgrinde ist Eigentum des Schwarzwalddereins, Sektion Albern.

Gondelsheim. Es kommt darauf an, ob der betreffende Arbeitslose als Knecht beschäftigt war, also zum Familienverband gehörte oder als landwirtschaftlicher Arbeiter. Als Knecht war er nicht arbeitslosenversicherungspflichtig, hingegen aber als Landarbeiter. Kommt letzteres in Frage, so soll der Arbeitslose Beschwerde beim Spruchauschuss des Arbeitsamtes erheben.

Vieboldsheim. Die Invalidenversicherung zahlt nur bei Zahn-erkrankungen einen Kostensatz, während bei Zahnbehandlung einseh. Plomben die Krankenkasse für die Kosten aufkommt.

G. S. B. 100. Uns ist nicht klar, auf Grund welcher Bestimmungen der Gemeinderat die von Ihnen erwähnte Abgabe erheben will. Lassen Sie sich darüber beim Bürgermeisteramt Auskunft geben.

H. S. Richten Sie eine Eingabe an das Verordnungsamt. Ob die Rente gewährt wird, können wir nicht voraussagen, aber die Möglichkeit der Gewährung ist unter gewissen Umständen vorhanden.

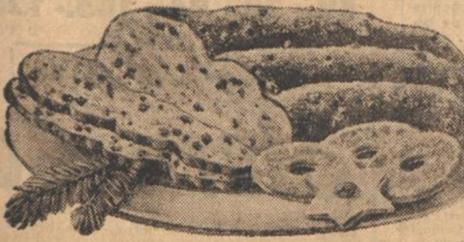
M. Sch. Kuppner. 1. Badische Truppenteile liegen in Donaueschingen, Konstanz, Tübingen, Weimingen und Ulm (in letzterem Ort Artillerie). 2. Gesuche um Eintritt in die Reichswehr sind an ein Divisionskommando zu richten. Solche Kommandos bestehen in Königsberg, Stettin, Berlin, Dresden, Stuttgart, Münster i. W., München, außerdem Kavalleriedivision in Frankfurt a. O., Breslau und Weimar. Dem Gesuch sind beizulegen: Geburtszeugnis, politisches Zeugnis des Arbeitgebers, außerdem bei freiwilligen Anwärtern unter 21 Jahren eine amtlich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (Vater und Vormund). Sie können auch Zeugnisse belegen.

## Zu des Kindes Weihnachtsfreude gehört der Rama-Kuchen



**Rama**  
im Blauband

**MARGARINE**



Zu Weihnachten muß der Kuchen gelingen; er rührt sich herrlich, geht wunderbar auf und schmeckt prächtig — mit Rama.



Drei Dinge sind es, die des Kindes Freude am Weihnachtsfest ausmachen: die Schulfestien, die Geschenke und — die vielen, guten Weihnachtskuchen. Daran denkt jede Mutter, die ihre Kinder zu den Feiertagen glücklich sehen will. Da sie weiß, daß die Kinder zu Weihnachten etwas besonders Feines erwarten, verwendet sie besondere Sorgfalt auf die Zubereitung des Weihnachtsgebäcks. Sie nimmt nur Rama Margarine, die nahrhafte, kraftpendende, aromareiche Rama. Und strahlende Kinderaugen lohnen es ihr.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

19. Dezember, 1789: Konventionen erobern Toulon. Erstes Auftreten Napoleons. — 1890: Belgischer Sozialist Celar de Baese. — 1915: Französischer Sozialist Eduard Vaillant. — 1918: Anatom Karl v. Bardeleben. — 1918: Gesellschaftlicher Achtstundentag in Österreich und Tschechoslowakei. — 1920: Spaltung der belgischen Sozialdemokratie.

## Aufwertungshypotheken der öffentlichen Sparkassen

Nach dem am 1. Oktober d. J. in Kraft getretenen Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung von Aufwertungshypotheken ist der im Aufwertungsgesetz von 1925 festgelegte letzte Fälligkeitstermin der Aufwertungshypotheken (1. Januar 1932) auf weitere 3 Jahre erstreckt worden. Die Rückzahlung bzw. Umschuldung der Aufwertungshypotheken muß somit bis längstens 1. Januar 1935 durchgeführt sein. Inzwischen können diese Hypotheken schon vorher unter Einwirkung einer Kündigungsfrist von einem Jahre gekündigt werden.

Vor kurzem hat auch die Reichsregierung den vom 1. Januar 1932 an wirksamen Zinssatz der Aufwertungshypotheken endgültig festgelegt, und zwar in Form eines Zuschlags von 2 1/2 Prozent auf dem jetzigen gesetzlichen Satz von 5 Prozent, also in Höhe von 7 1/2 Prozent. Die allgemeine Stellungnahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, daß die öffentlichen Sparkassen nicht zu einer generellen Kündigung der Aufwertungshypotheken zum ersten Rückzahlungszeitpunkt — 1. Januar 1932 — schreiten, sondern die Fälligkeit auf einen gewissen Zeitraum verschieben sollen, ist in der Presse bereits bekanntgegeben worden. Auch der Bad. Sparkassen- und Giroverband hat den angeschlossenen öffentlichen Sparkassen Ratens empfohlen, von einer allgemeinen Kündigung auf 1. Januar 1932 abzusehen. Gerade deshalb muß mit Nachdruck betont werden, daß es nunmehr Sache aller Aufwertungsschuldner der öffentlichen Sparkassen ist, sich alsbald um freiwillige Rückzahlung oder Umwandlung der Aufwertungshypothek in eine normale Hypothek zu bemühen, weil sonst der Verzicht der Sparkassen auf die allgemeine Kündigung undurchführbar ist. Wenn einzelne Sparkassen, um eine genügende Liquiditätsvorsorge zu treffen, zur Kündigung von Aufwertungshypotheken schreiten, so muß das als Maßnahme vorzüglicher Geschäftspolitik verstanden werden. Viele Sparkassen können aber wohl damit rechnen, daß die zur Rückzahlung fälligen Aufwertungseinlagen auf ein reguläres Sparkonto übertragen werden und somit bei der Sparkasse stehen bleiben, weil vom 1. Januar 1932 ab für die Aufwertungssparausgaben der normale Zinssatz Anwendung findet.

## Im Altrhein ertrunken

Gestern fuhr südlich der Insel Rappenmüt ein mit Zwiebeln beladenes Einspännerfuhrwerk in den Altrhein. Der Fuhrmann, ein Zwiebelhändler namens Eduard Weiler aus Bergheim in der Pfalz, war vermutlich auf der Fahrt von Forchheim nach Karlsruhe vom Weg abgelenkt und so in den Altrhein geraten, wo er ertrunken ist. Seine Leiche wurde gefischt, das Pferd in der Nähe der Unfallstelle eingelenkt.

## Postverkehr an Weihnachten

Sonntag, 21. Dezember: Paketannahme und Paketausgabe von 8 bis 18 Uhr bei dem Postamt 1 (Kaiserstraße) und von 8 bis 10 Uhr bei dem Postamt 2 (Hauptbahnhof). Mittwochs, 24. Dezember: Schalterdienst nur bis 17 Uhr bei allen Postanstalten, ausgenommen das Postamt 2 (Hauptbahnhof), dessen Schalter bis 19 Uhr geöffnet bleiben. Paketausgabe findet am Sonntag, 21. Dezember und am Donnerstag, 25. Dezember (1. Weihnachtstages) vormittags jeweils einmal statt. Freitag, 26. Dezember (2. Weihnachtstages): Die Ausgabe beschädigter Pakete beim Postamt 2 (Hauptbahnhof) findet von 8 bis 13 Uhr statt. Für die Verzollung der Weihnachtspakete ist die Poststelle im Postamt 2 (Hauptbahnhof) für das Publikum am 26. von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Die Zollpakete werden am Sonntag, 21. Dezember rechtzeitig aufstellen.

(\*) Das Karlsruher Rotabzeichen. In einigen Tagen wird der Werbeausflug der Karlsruher Rotabzeichen mit einem neuen Werbemittel zur Förderung der Not der großen Anzahl der Karlsruher Hilfsbedürftigen an die Bevölkerung herantreten und zwar mit dem „Karlsruher Rotabzeichen“. Es ist dies eine in verblühter Metallausführung gehaltene Anstecknadel nach einem Entwurf des Fachlehrers Kurt Baer an der Bad. Kunstgewerbeschule in Forchheim. Der Künstler hat aus den überreinerwerbenden in Blaudruck wiedergegebenen Buchstaben des Wortes „Not“ eine lobende Fabel geformt. Das Karlsruher Rotabzeichen weist daher schon äußerlich auf unsere Not hin und weist hart von den allgemein üblichen Vereinsabzeichen und sonstigen Anstecknadeln ab. Der erste große Werbeverkauf findet am Sonntag, den 21. Dezember statt.

(\*) Rotabzeichen und Karlsruher Lehrergesangsverein. Der Karlsruher Lehrergesangsverein und dessen Dirigent, Herr Kapellmeister Dr. Heinz Knoll, haben sich bereit erklärt, das am 7. Dezember gebotene Konzert mit dem außerordentlich begeisterten aufgenommenen Karlsruher Werk „Von Deutschen Rhein“ zu wiederholen und den gesamten Reinertrag der Karlsruher Rotabzeichen zur Verfügung zu stellen. Solisten und sonstige Beteiligte haben bereits in höchst dankenswerter Weise ihre Mitwirkung ehrenhalber zugesagt; die Wiederholung des Konzertes wird also der Erstaufführung durchaus ebenbürtig sein. Das Konzert wird am Sonntag, den 11. Januar 1931, etwa abends 8 Uhr, im großen Festsaal stattfinden. Es werden Karten für nummerierte Plätze zu 1 M und für offene Plätze zu 0,50 M ausgegeben. Der Kartenverkauf erfolgt mittels Werbebelegten, welche den Schülern der Volks- und Fortbildungsschulen, sowie den Schülern der höheren Lehranstalten ausgeteilt werden. Außerdem nehmen Kartenbestellungen entgegen der Lehrergesangsverein (Fernsprecher 224) und die Geschäftsstelle der Karlsruher Rotabzeichen (Stenienstr. 74 (Fernspr. 7957)).

(\*) Kostenlose Weiterbildung im Schwimmen schreibt die Badeverwaltung als weitere Neuerung aus. Der vor einigen Wochen für die Wintermonate ausgeschriebene unentgeltliche Schwimmunterricht in den beiden Hallenbädern hat sehr großen Anklang gefunden. In der kurzen Zeit von drei Wochen sind bis jetzt rund 150 Anmeldungen eingelaufen; davon entfielen rund 50 Prozent auf das weibliche Geschlecht. Weitere Anmeldungen werden noch bis 28. Februar 1931 entgegengenommen. Karlsruhe dürfte wohl die erste deutsche Stadt sein, welche den Schwimmunterricht, wenn auch nur zeitweise, unentgeltlich erteilt. Durch diesen Erfolg bei dem unentgeltlichen Schwimmunterricht angeregt, werden von jetzt ab kostenfreie Weiterbildungskurse im Schwimmen und zwar für sämtliche Schwimmarten, im Tauchen, im Springen und auch im Rettungsschwimmen erteilt. Die Teilnehmer haben jeweils nur die erforderlichen Badelarten (zu 15 bis 50 Pfennig) zu lösen. Diese neue Maßnahme der Badeverwaltung wird sicherlich nur begrüßt werden können. Im Übrigen verweisen wir auf die entsprechende Anzeige.

## Wann sind Forderungen verjährt?

Unkenntnis über die Verjährungsfristen lassen manche Forderungen fällig werden. Gibt jemand die Fristen verstreichen und verliert dann, Forderungen einzutreiben, erwachsen ihm obendrein noch Kosten. Für eine Reihe von Forderungen sind die Verjährungsfristen verhältnismäßig kurz. Weit verbreitet ist dabei noch der Irrtum, Mahnungen unterbrechen die Verjährungsfristen. Das ist jedoch nicht der Fall. In gewissen Fällen hat die Mahnung aber eine andere rechtliche Folge: die Verzugsverzinsung. Ist z. B. für die Rückzahlung einer Schuld ein bestimmter Termin gesetzt und der Schuldner läßt die Frist verstreichen, ohne seine Verpflichtung zu erfüllen, dann kommt er durch eine Mahnung in Verzug, wie es in der Gerichtssprache heißt. Der Gläubiger hat dann das Recht, von dem Schuldner Zinsen zu verlangen. Das nicht allein: der Schuldner ist dem Gläubiger für alle Nachteile haftbar, die ihm nachweisbar aus der Nichterfüllung der Verbindlichkeit, des in Verzug geratenen Schuldners entstanden sind. Nachstehende Zusammenstellung orientiert über die Verjährungsfrist bei den meist üblichen Verbindlichkeiten.

### Die Verjährungsfrist beträgt:

- 8 Wochen bei Reklamation wegen Lieferung minderwertigen Viehs; die Verjährungsfrist beginnt mit der Ablieferung der Tiere;
- 3 Monate bei Forderungen aus einem Wechsell, manchmal auch 3 Jahre; die Verjährungsfrist beginnt mit dem Tage der Zahlungsfälligkeit;
- 8 Monate bei Forderungen gegen Handwerker wegen mangelhafter Arbeit, sowie auf Schadenersatz, oder auf Minderung oder Streichung des Lohnes;
- ferner bei Forderungen auf Minderung des Kaufpreises oder Rückgängigmachung des Kaufs, wegen Lieferung einer minderwertigen Sache;
- weiter bei Forderungen von Vermietern, Verleiher, Verpächtern, wegen Beschädigung der vermieteten, verliehenen oder verpachteten Sache;
- und schließlich bei Forderungen auf Herausgabe einer Sache, z. B. der von einem Mieter angebrachten Einrichtung — elektrische Leitung usw. Die Verjährungsfrist beginnt mit der Ablieferung der in Betracht kommenden Arbeit, resp. mit Aufnahme der Arbeit, oder, in den letzteren Fällen, bei Rückgabe der Sache;
- 1 Jahr bei Forderungen aus dem Erwerb eines Grundstückes z. B. auf Minderung des Preises, Schadenersatz oder Rückgängigmachung des Kaufes wegen Minderwertigkeit der Sache; die Verjährungsfrist beginnt mit der Abgabe des Grundstückes;
- 2 Jahre bei Forderungen auf Schadenersatz wegen Verletzung z. B. durch einen Unfall, oder auf Rückgabe von Gegenständen, wenn zwei, die sich verlobt, wieder auseinandergehen;

weiter bei Forderungen von Kaufleuten und Handwerkern für gelieferte Waren oder ausgeführte Arbeiten; ferner bei Forderungen von Gastwirten und Pensionen für Wohnungen, Getränke und Speisen; ferner für alle Lohnforderungen und Forderungen von Lehrern, Rechtsanwältinnen, Ärzten auf Zahlung von Honorar, ferner auch Zeugengebühr; die Verjährungsfrist beginnt im ersten Falle mit dem Tage der Aufhebung des Berufnisses, in den anderen Fällen am Ende des Jahres, in dem die Forderung zu zahlen war; 3 Jahre bei Forderungen wegen erlittenen Schadens aus einer unerlaubten Handlung — Diebstahl, Unfall, Rotsucht, Körperverletzung, Freiheitsberaubung; ferner für Forderungen von enterbten Kindern oder enterbter Ehefrau auf Leistung des Pflichtteils; die Verjährungsfrist beginnt im ersten Falle mit dem Tage, an dem der Geschädigte von dem erlittenen Schaden und der Verletzung des Schadens Kenntnis erlangt, im anderen Falle bei Kenntnisnahme vom Tode des Erblassers und der Enterbung; 4 Jahre bei Forderungen von Handwerkern und Kaufleuten aus Arbeiten und Warenlieferungen für den Gewerbebetrieb des Bestellers; die Verjährungsfrist beginnt am Ende des Jahres, in dem die Forderung zu bezahlen war; 5 Jahre bei Forderungen wegen mangelhafter Arbeiten an einem Neubau; die Verjährungsfrist beginnt mit der Abnahme des Baues; 30 Jahre bei Forderungen auf Rückgabe geliehenen Geldes oder geliehener Sache, bei allen sonstigen Anleihen; ferner für alle Forderungen, die durch ein rechtskräftiges Urteil oder durch notariell geschlossenem Vergleich anerkannt sind; die Verjährungsfrist beginnt im ersten Falle mit dem Tage, an dem das Gerichtene verurteilungsgemäß zurückgegeben werden sollte, resp. mit dem Tage, an dem die Forderungen entstanden, in den übrigen Fällen mit dem Tage der Fälligkeit des rechtskräftig gemachten Urteils oder des geschlossenen Vergleichs. Wer sich vor Schaden hüten will, soll aber niemals bis zum Ablauf der Verjährungsfrist mit der gerichtlichen Sicherung seiner Forderung gegen säumige Schuldner warten, sonst erleidet er eine leicht unangenehme Ueberzahlung. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts kann nämlich ein Gläubiger die Verjährungsfrist selbst abtun durch Verzicht. Das höchste deutsche Gericht hat entschieden, daß, wenn jemand jahrelang seine ihm bekannte Forderung verweigert, sie nicht eintritt, vielmehr den Schuldner nicht einmal mahnt, er stillschweigend auf seine Rechte verzichtet hat. Er hat sein Recht verloren, obwohl die Verjährungsfrist noch nicht verstrichen ist. Und noch eins sollte jeder, der ein Rechtsgut haben will, strengstens beachten: Mahnungen und alle Schreiben an das Gericht und an Bestehen, die dem Zweck einer Sicherung von Rechten dienen sollen, nur mit eingeschriebenem Brief abgeben!

## Die Polizei berichtet:

### Wegen Körperverletzung

gelangen zur Anzeige: ein 27 Jahre alter Elektromonteur, weil er am Donnerstag morgen in die Wohnung eines Berufskollegen einbrach und den Wohnungsinhaber durch Faustschläge im Gesicht erheblich verletzte, sowie ein Knochenschlüssel, der am Donnerstag vormittags einem Kaufmann nach vorausgegangenem Wortwechsel auf der Straße eine Fahrradlampe auf den Kopf schlug, so daß dieser mit einer blutenden Wunde bewußtlos zusammenbrach und sich später in ärztliche Behandlung begeben mußte.

### Wegen Zuhälterei

wurde ein 37 Jahre alter Steinbruder festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

## Flugblattverbreitung

Parteiangehörigen, Gewerkschaftsmitgliedern, Sängern, Sport- und Jugendangehörigen, stellt sich am Samstag eueren Bezirksführern zur Verfügung. Es gilt, den entscheidenden Kampf zu führen gegen die Feinde der Republik und Arbeiterklasse. Wer am Samstag bei der Flugblattverbreitung fehlt, begeht Disziplinbruch.

Bezirks- und Unterbezirksführer haben Kontrolle zu führen über die Genossen, die sich an der Flugblattverbreitung beteiligen. Die Kontrolllisten sind unmittelbar an den Parteivorsitzenden einzuliefern.

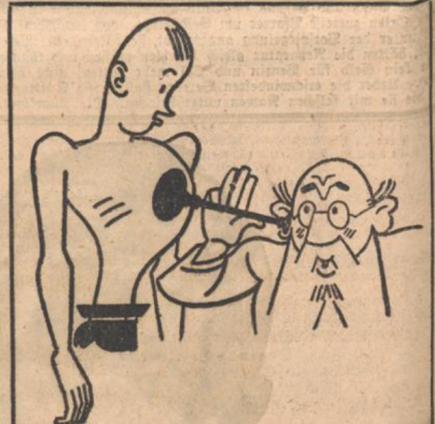
- Die Verbreitung selbst geht von folgenden Stellen aus:
- Rinkheim: Genosse Heller, Ernststraße 95.
  - Mittel- und Südbereich: „Gaubrunnhalle“ Ludwigswald.
  - Südbereich: „Deutsche Eiche“, Angartenstr.
  - Mühlburg: „Goldener Hirsch“.
  - Grünwinkel: Genosse Liebmann.
  - Daglanden: Genosse Frenzel, Schifferstr. 18.
  - Gardwals: Steidius: Gen. Dröllinger, Stöberstr. 3.
  - Reierthel: Gen. Reimer, Hohenzollernstr. 7.
  - Kulmbach: Gen. Reiffner, Bannwaldallee 134.
  - Beierfeld: Gen. Schäfers, Belchenstr. 18.
  - Kuppen: Gen. Hübner, Alfernsstr. 21.

Bezirks- und Unterbezirksführer! Sorat dafür, daß die Verbreitung eine gründliche wird. Diejenigen Genossen, die sich an der Flugblattverbreitung beteiligen, können ihren Anteil von Samstag nachmittags 4 Uhr ab an den benannten Stellen in Empfang nehmen. Der Vorstand.

Sw. Der Deutsche Werkmeister-Verband, Ortsverein Karlsruhe, unternimmt am Sonntag, 7. ds. Mts., eine Beschäftigung des „Hauses der Gesundheit“. Der Verein wurde durch Hrn. Schwoerer begrüßt, welche die Gäste in den Lehrsatz führte und dort einen sehr lehrreichen Vortrag über den Zweck und Ziele des Instituts hielt. Hierauf leitete Hrn. Schwoerer die Besucher durch sämtliche Abteilungen unter andauernden Erklärungen, was von sämtlichen Teilnehmern mit lebhaftem Interesse verfolgt wurde. Es wäre zu empfinden, wenn diesem Hause mehr Interesse zugewendet würde. Der erste Vorsitzende, Kollege Stahl, dankte im Namen der Besucher für die gastgemäße und muntergütige Führung.

### Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Die Kapelle Cleonag, welche sich hier glänzend einsetzt, hat, veronkaltet heute Freitag nachmittags ihr 1. Konzert, bei dem sich der Cellist Karl Schellendorf mit Werken von Popper und Solo als Solist vorstellte. Abends ist Operette und Schlagermusik in Tagesbelegung. (Erlaube die Anzeige.)



## Kein Zweifel

eine starke Erkältung. Und wie leicht hätten Sie sich dagegen schützen können. Das beste, was ich Ihnen verschreiben kann, ist

## ein warmer Mantel

bei den so niedrigen Preisen wird Ihnen die Anschaffung jetzt wohl nicht allzu schwer fallen.

Unsere Hauptpreislisten für

**Winter-Mäntel**

22.- 28.- 38.- 48.- 58.-  
68.- 78.- 94.- 105.- 125.-

Sonntag von 11—6 Uhr offen

## Stern & Co.

Das große Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung



### Für den Gabentisch!



**Herren-Halbschuhe** 8.50 an  
in Box calf und Lack, die modernsten Formen von

**Damen-Lack-Spangen** 6.75 an  
mit Block- und L. XV.-Absatz

**Veberschuhe** in reichster Auswahl u. allen Farben für Damen von 4.90 an

## Schuhhaus Badenia

Witt, Hecker 72 Kriegsstr. 72 beim Mandelsteinplatz

## Stefan Gartner

Wurstfabrik / Karlsruhe  
Telefon 206 und 207

empfiehlt für den Weihnachtsabend

### la heiße Schinken

in der Brüte

**den Festbraten**  
sowie  
la Bein-, Nuß-, Lachs- und Vorder-schinken, ff. Aufschnitt, Salami und Göttinger, la Gänse-, Trüffel- und Sardellen-Leberwurst

### Delikateß-Körbe

von Mk. 5.— an aufwärts.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

## Resi

Der große Erfolg 2. Woche  
"Ein hervorragendes Programm!"

so lautet das Urteil über:

### Auf Tigerjagd in Indien

Tonbeiprogramm u. a. Micky in der Türkei

Beachten Sie unsere Weihnachtsanzeige, denn sie enthält eine große Überraschung auf dem Tonfilmbetrieb

Lichtspiele Tel. 5111  
Waldstr. 30

4.00 6.15 8.45  
8.00 10.30 12.00 8.45

Jugendliche, Erwachsene  
Kleinkinder 4 Uhr - Preis

## Pa-Li

2. Woche  
Des großen Erfolges wegen bis einschl. Dienstag verlängert

Olga Tschschowa • H. A. v. Schlettow  
Heien Steels • Michael Tschschow  
ein Ensemble hervorragend. Künstler in dem Großtonfilm

### "Troika"

Gesangseinlagen der berühmtesten russische Chöre im Beiprogramm: Das Naturtonfilmemilie  
Grüß mir die Heimat, Schönheiten deutscher Lande

Spielzeiten:  
Wochentags 4, 6-10 und 8.30 Uhr  
Sonntags 8, 6, 7 und 9 Uhr

## Gefangverein Junter & Ruh e. V.

Morgen Samstag, den 20. Dezember 1930, im Mühlen Krug

### Weihnachts-Feier

mit sehr schönem Programm bei freiem Eintritt.

**Anschließend: BALL**

Nach Schluß der Veranstaltung Fahrgelegenheit nach der Stadt. Saalöffnung 19.30 Uhr

Wir laden unsere verehr. Mitglieder, deren Angehörige und Freunde herzlichst ein und bitten um zahlreichen Besuch.

Die Verwaltung.

## Helden der Nacht!

Ein hohes Lied — gesungen den Männern, die tagaus, tagein in Finsternis und Gefahr ihr Leben für uns aufs Spiel setzen, die auch in Stunden der Not, wenn Feuer und Tod sie bedrohen, mutig für einander einstehen.

Eine schlichte, zarte Liebesgeschichte zieht sich durch diesen packenden Film, der uns in seiner Wucht und Größe erschüttert!

Reichhaltiges (eiprogramm)  
Beginn der Vorstellungen: 6, 8, 7, 9  
Jugendliche haben Zutritt

Freitag nachm. 1/3-4: Die letzten diesjährigen Märchenvorstellungen  
Samstag nachm. 1/3-4: In der Nacht vor dem Heiligen Abend  
Sonntag vorm. 11 Uhr: Eintrittspreise -.50, -.60, -.75, -.80, 1.-

## FELSBIER

IST DAS BIER DES KENNERS




## Zum Salmen

Am Ludwigsplatz — Telefon 2019  
Eigene Schlachtung  
Anspruch des beliebtesten Einweins

### Weihnachts-Bockbieres

Samstag ab 6 Uhr: Schweinsbrat

## GLORIA

Heute und folgende Tage!

Da wackelt die Wand, denn da gibt's was zu lachen!

3 Tage  
Mittelarrest

Es nützt mir — ich rieche nach Mühsal

HUMORESKE KRIEGSZEIT  
wer einmal lachen will!

EINE TÖNENDE MILITÄR ALS DER VOR  
DARUM KOMME VON HERZEN

Großes tönendes Beiprogramm!

3, 5, 7 und 9 Uhr

... wenn die Hausfrau eilig ist -

### Gemüse-Konserven:

Jg. Schnittbohnen Kilo-Dose 50  
Gemüse-Erbisen Kilo-Dose 60  
Karotten geschnitten Kilo-Dose 40  
Karotten geschnitten Pfund-Dose 25

Gemischtes Gemüse, Spargel, Pilze, Tomatenmark.

... wenn es etwas besonders Leckeres geben soll -

### Obst-Konserven:

Pflaumen mit Steinen, Kilo-Dose 70  
Mirabellen Kilo-Dose 1.10  
Aprikosen Kilo-Dose 1.35  
Erdbeeren Kilo-Dose 1.60

**Hawai-Ananas**

Unsere Pillalen sind ab 19. bis einschl. 24. Dezember durchgehend geöffnet.  
Benutzen Sie die Rüttelstunden zu Ihren Einkäufen

## Pfannkuch

5% Rabatt

## Kaffee Bäuer

Heute Freitag, 16 Uhr nachmittags

### I. Elite-Konzert der Kapelle Osenegg

Einlage:  
Ungarische Rhapsodie für Cello... Popper  
Chants russes für Cello... Lalo

Solist: Karl Schellenberg

20 30 Uhr abends

### Operetten- u. Schlager-Abend

## Durlacher Anzeigen

Freibaut Durlach.

Freitag, nachmittags ab 4 Uhr  
u. Samstag, vormittags 1/2 7 Uhr

### Schönes Dörsenfleisch

2292 Gutshaltung Dörsenhof

Verlobungs-Ringe  
in 8 fr., 14 fr., 18 fr. Gold, Silber und Silberwaren, Tafelgeschirr, Kaffeekaffee, Uhren, Schmuck, Goldschmied, Silber, Gold, Diamanten, Brillen, optische Instrumente, Herren- und Damenringe billig

Christ. Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Passage  
Rathausplatz 10  
Sonntags

## Metzgerei A. Schöttle jr.

Morgenstraße 53 empfiehlt

### la Fleisch u. Wurstwaren

in bekannter Güte  
Spezialität:  
la Schinken und Aufschnitt

## Achtung Durlach Achtung

Nicht viel Reklame, sondern Qualität. Die

### Pfälzer Weinverkaustelle, Rappenstraße 2

empfehl

Hambacher, weiß per Liter 90  
St. Maringer, " " 90  
Malkammerer, " " 90  
Köni-bacher, rot " 90  
Bürkheimer, " " 85  
sowie Div. Flaschenweine zu 1.50 und 2.50

Fr. H. Mächtien

Um schnellstens zu räumen, gebe ich 40% Rabatt auf alle Nie wiederkehrende Gelegenheiten zu Weihnachtskäufen in Samt und Seide - Mantel- und Kleiderstoffen - Herrenstoffen - Baumwollwaren.

### Konkursauserverkauf Mehle & Schlegel

Amalienstr. 23 neben Metzgerei Henkel  
Mitglied der Ratenkaufvereins  
Der Konkursverwalter

## SCHALL-PLATTEN

Grammophonplatten wie neu, unter halben Abnahmepreis, wertvolle Sammlerstücke, Silberstrahlte 1, 3 St. I.

Linoleumteppich 2 1/2 x 1 1/2 m, noch neu, für 15.40 an wertvollste, gutte, Kautschukstr. 23 Baden, 3145

Heberlecher f. schlanke Figur billig zu verkaufen. K. Geyher, Luitpoldstr. 24 IV.

Chaise longue von 29.50 an  
Bett-Chaiselongue . . . 80.— bis 140.—  
Schöne Sessel . . . 29.50 45.— 110.—  
Mod. Couchen . . . 95.— bis 190.—  
Sofas in jeder Ausführung und Preislage  
Diwan-, Stepp- und Wolldecken im Preis bedeutend herabgesetzt

M. Kachur, Kaiserstraße 19

St. Jakobs-Balsam  
„Echter“ zu Mk. 3.—  
von Apoth. C. Trautmann Baso Haus mittel ersten Ranges für alle wunderbaren Stellen, Krampladern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen, Sonnenbrand, Nachahmungen zurückweisen. In den Apotheken zu haben.